

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementshinweis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beistellung),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanig, verantw. Redakteur: Ing. Winnig,
beide in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Zeitzeile oder deren Raum 30 q.

Inhalt: — Zur Lage. — Das Reichsvereinsgebet. — Königsberg: Ein Wahrzeichen treulicher Gewerkschaftsarbeit im Osten. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Rundschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Verhandlungen in München und Eisen. Die Aussperrung in Paris. Demonstrationstreit in Rom. Aus Schweden. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen der Gauvorstände. Jahresberichterstattung der Gauvorstände: Sanatorium a. Rh. Berichte. — Centralanträume. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschlag, Submissionsreihen. — Aus anderen Berufen. — Eingegangene Schriften. — Briefstaken. — Anzeigen.

Zur Lage.

Hamburg, den 5. April.

Das in der vorigen Nummer entworfene Bild der gegenwärtigen Lage unserer Bewegung bewirkt heute einiger ergänzender Striche. Wichtig ist zunächst, welche Aufnahme die Vereinbarung über das Tarifmuster gefunden hat. Auf Arbeitseite ist man sich im großen und ganzen darüber einig, daß diese Verständigung über das Tarifmuster nun auch eine Verständigung über das Ganze möglich macht, daß aber anderseits noch gar viele Klippen vorhanden sind, die das ganze Geschäft unserer Verhandlungslösungen erfordern, wenn überhaupt die Ladung, nämlich die Verträge, in den Hafen gebracht werden soll. Daß diese Auffassung völlig berechtigt ist, beweist der Gang der Vertragsverhandlungen in München, über die wir noch berichten werden, falls der Bericht noch früh genug eintrifft.

Im Unternehmerlager hat das Ergebnis der Berliner Verhandlungen sehr voneinander abweichende Neuerungen hervorgerufen. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes erlich gleich nach den Verhandlungen folgendes Rundschreiben an seine Zweigverbände:

„In Erfolg unseres Schreibens vom 19. März d. J. den Stand der Frage bezüglich des Abschlusses neuer Tarifverträge usw. betreffend, beschreibt uns ergebnis mitzuteilen, daß die am 25. und 26. März im heutigen Gewerbegericht stattgefandene zwanglose Aussprache zwischen den Centralvorständen der beteiligten Organisationen durch beiderseitiges Entgegenkommen zur Einigung über das Tarifmuster geführt hat.

Hieraus ergibt sich, daß eine allgemeine Aussperrung zum 1. April unter feinen Umständen stattfindet. Es ist verabredet worden, daß in allen Orten, in denen über den Abschluß neuer Tarifverträge, gleichgültig, ob mit oder ohne Erfolg verhandelt worden ist, die Verhandlungen auf der Basis des jetzt vereinbarten Tarifmusters zuletzlich von neuem wieder aufgenommen werden. Die Verhandlungen über die neuen Verträge sind bis zum 18. April dieses Jahres zum Abschluß zu bringen und bis zum 22. April den Centralvorständen zur Genehmigung einzurichten. Auch diejenigen Verträge, über welche eine Einigung nicht erzielt werden kann, sind bis zum 22. nächsten Monat einzurichten, damit die bestehenden Differenzen durch die bereitgestellten Centralvorstände unter Hinzuziehung der örtlichen Organisationen rechtzeitig behoben werden können.“

Gleichzeitig mit dem jetzt ablaufenden Vertragen soll auch für die über den 1. April d. J. hinausgehenden Verträge, soweit sie bereits gefündigt oder zum Zwecke der Erneuerung vorgelegt sind, eine Einigung bis zum 1. Mai herbeigeführt werden.

Für den Abschluß der sonstigen nach dem 1. April ablaufenden Verträge soll das neue Tarifmuster gleichfalls als Grundlage dienen, jedoch ist für diese ein Endtermin noch nicht vereinbart worden.

Nachdem es also zur grundsätzlichen Vereinbarung über das Tarifmuster gekommen ist, scheiden bei den aufzunehmenden örtlichen Verhandlungen von vornherein viele strittige Punkte aus; denn alle im Tarifmuster enthaltenen Festschreibungen und Bestimmungen sind für die Vertragsabschließenden unabänderlich; auch hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit können Differenzen nicht entstehen, weil die Centralvorstände der Gewerkschaften sich mit unferer über diese Frage abgegebenen Erklärung einverstanden erklären haben. Es können bei den Verhandlungen über die neuen Verträge mithin nur Fragen lokaler Art in Betracht kommen, und im Hinblick hierauf bitten wir die berechtigten Vorstände im Interesse der

Allgemeinheit dringend, das Zustandekommen der Verträge, soweit es an ihnen liegt, mit allen Kräften zu fördern und nicht durch Verfestigung auf kleinliche untergeordnete Forderungen lokaler Natur in Frage zu stellen.

Wir dürfen durchaus überzeugt sein, daß es die ehrliche Absicht der gewerkschaftlichen Centralvorstände ist, in der gleichen Richtung ihr möglichstes zu tun, um überall bei den lokalen Verhandlungen eine Einigung zu erzielen.

Zu dem Tarifmuster bemerken wir noch, daß die demselben angefügten protosocialen Erklärungen als integrierender Teil des Musters anzusehen sind und dadurch dienen sollen, etwaige Zweifel über die Auslegung einzelner Vertragsbestimmungen zu beseitigen. Sie haben dieselbe Rechtswirksamkeit, wie die Bestimmungen des Tarifmusters selbst.

Da nun die Errichtung von weiteren Direktiven zur Sache, wie sie ursprünglich durch eine Vorstandssitzung in Aussicht genommen war, nach unserer hier vorangegangenen Ausführung und nach den dem Tarifmuster beigegebenen protosocialen Erklärungen nicht mehr notwendig ist, seien wir auch davon ab, den Vorstand zur Zeit einzuberufen.

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Bernh. Felisch. R. Wahl. Otto Epte.

Und gleichzeitig übergab er der Presse folgendes Communiqué:

„Friedrich im deutschen Baugewerbe. Nach zweitägigen schwierigen Verhandlungen in Berlin zwischen den beteiligten Organisationen wurde um Mitternacht eine Einigung über das biselbstprochene Tarifvertragsmuster erzielt. Unter der Leitung des Herrn Magistratsrats von Schulz, Vorstandes des Berliner Gewerbegerichts, und unter Hinzuziehung des Herrn Gerichtsrats Dr. Brenner-Münch und Beigegnordneter Dr. Wiedfeldt-Effen als Mittelpersonen traten die beteiligten Centralvorstände am 25. März zu einer zwanglosen Aussprache im Berliner Gewerbegericht zusammen, die, wie bereits bemerkt, durch beiderseitiges Entgegenkommen zur Feststellung und Annahme eines einheitlichen Musters für den Abschluß der Tarifverträge führte. Die in den letzten Tagen an verschiedenen Orten untergebrachten Vertragsverhandlungen sollen unter Zugrundelegung des vereinbarten Musters sofort wieder aufgenommen und abgeschlossen werden. Die neuen Verträge sollen den Centralvorständen bis Ostern vorgelegt und bis zum 1. Mai genehmigt werden. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß dem Zustandekommen der Verträge auf der neuen Basis nennenswerte Schwierigkeiten nicht entgegentreten werden, so daß die Gefahr einer umfangreichen Aussperrung als bestmöglich angesehen werden kann. Auch darüber ist eine Einigung erzielt worden, daß das Vertragsmuster auch bei den später zu erneuernden Tarifabschlüssen zu grunde gelegt werden soll.“

Diese letztere Kundgebung hat zwar eine allzu zu verächtliche Spitzmarke, sonst darf man aber sagen, daß die Haltung des Bundesvorstandes der Situation wohl angemessen war. Weniger angemessen war dagegen die Haltung eines Unternehmerblattes, nämlich der „Arbeitgeberzeitung“ f. d. Baugewerbe“ (Gesellinde), die in ihrer Nummer 13 dem Bundesvorstand die Leviten legt, weil er nach ihrer Meinung einen „Rückzug“ angetreten habe. Sie vermitteilt die „seltsame Kunde“ von den Resultaten der Berliner Verhandlungen und erklärt sie dann damit, daß „ein Minister gewinnt“ habe. Was darauf zu erwidern war, hat das „Centralblatt f. d. d. Baugewerbe“ gesagt:

„Doch die Vereinbarung einen Markstein für das deutsche Baugewerbe bildet, kann keinem Zweifel unterliegen. Es ist freilich, in diesem Augenblicke abzuwarten, welche Partei „gewinnt“, wer mehr nachgegeben habe. Ohne ein Entgegenkommen beider Teile ist nie eine Einigung möglich. Das eine Einigung überhaupt erfolgt ist, ist der große Gewinn für beide Teile. Das Verdienst für den Abschluß fällt den Führern beider Parteien zu und ebenso den unparteiischen Mittelpersonen.“

Wenn sich wider alles Erwartet Stimmen finden konnten, die dem Resultat herumzäpfeln, so ist das bedauerlich. Aber man kann über diese Neuerungen zur Tagesordnung übergehen; wer so spricht, der beweist nur, daß er den Dingen völlig fern steht, und er macht mit seiner Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse nur sich selbst lächerlich. Allerdings hat diese Sache neben den intellektuellen auch noch eine moralische Seite. Wer es fertig bringt,

in diesem Augenblicke, wo strenge Konzentration nötig ist, auch nur im geringsten zu versuchen, die Einheitlichkeit anzugeben, der verliert das Recht, weiter mitzuarbeiten.“

Diese Stärkung hat das Geestemünder Organ schnell auf die andere Seite geschleudert. In seiner Nr. 16 stellt es sich so, als hätte es nie von einem Rückzug der Unternehmer gesprochen. Es zieht gegen einen Artikel des „Vorwärts“ zu Felde, worin das Rundschreiben des Bundes als eine „Chamade“ (Friedensruf, im Gegensatz zur Fanfare = Kriegsruf) bezeichnet wird und meint dazu, „daß die Gewerkschaftsleitung ihre Anhänger über die eigene Niederlage hinwegtäuschen will, indem sie dem Arbeitgeberbunde eine solche andichten“. Ein solches Blatt kann doch unmöglich noch ernst genommen werden. Weiter bezeichnet es in seinem Leitartikel auf Grund seiner tieferen Einsicht in die einflächigen Verhältnisse“ eine Einigung in der Lohnfrage „als direkt unmöglich“; in seinem Handelsteil meint es dagegen, es sei „eine Hoffnung vorhanden, daß es im Baugewerbe nicht zu kämpfen, sondern zu einem friedlichen Ausgleich kommt“. Was ist denn nun eigentlich die Meinung des Blattes? — Wir sind schon immer der Ansicht gewesen, daß nie etwas Gutes dabei herauskommt, wenn Leute in eine Bewegung eingreifen, die keine Verantwortung führen.

Auch uns erscheint der Streit darüber, wer denn nun in Sachen des Tarifmusters gesiegt habe, zur Zeit recht überflüssig zu sein. Der Bundesvorstand hatte sich von der Unmöglichkeit überzeugt, mit dem Muster-Tarif Verträge mit uns zu bekommen; er mußte, daß es sich hier um eine gewerkschaftliche Prinzipienfrage handele, und er mußte auch, daß sein Vorgehen nicht nur in Arbeitkreisen Widerspruch und Unwillen erregen müsse, und darum ließ er etwas fallen, was durchzuführen ihm selbst unter großen Opfern nicht möglich gewesen wäre.

Als ganz rabiate Scharfmacher spielen sich die Bielefelder Unternehmer auf. Wie die „Leipziger Volkszeitung“ berichten könnte, haben diese eine gehäuschte Erklärung gegen den Bundesvorstand gerichtet, wonit ihm schwere Vorwürfe gemacht werden. Die braven Bielefelder hatten sich schon so mächtig auf einen fröhlich-schönen Kufarennit gegen die Gewerkschaften gefreut, und nun hat ihnen der eigene Bundesvorstand diese Freude verflogen. Es ist wirklich tragisch. Indessen soll noch versucht werden, zu retten, was möglich ist. Die Ortsverbände werden aufgefordert, sich dem Protest anzuschließen und auf eine außergewöhnliche Generalversammlung zu drängen. Mit der einfachen Erwähnung dürften die Bielefelder wohl erledigt sein.

In der „Sozialen Praxis“ würdigt Herr Professor Dr. Krause die Berliner Verhandlungen und ihr Ergebnis in einem langen Aufsatze, von dem wir folgendes zitieren:

„Die Einigung im Baugewerbe ist ein Sieg des Verhandlungs- und Einigungsprinzips, wie er größer und schöner kaum gedacht werden kann. Einfaßt und übrig von der Arbeitgeber und der Arbeiter haben ihn unter ländiger Führung der neutralen Sachverständigen, denen beide Parteien volles Vertrauen gesetzten haben, erzielt. Das wir an unserem bestreiteten Teile zu dem guten Ergebnis beitragen durften, erfüllt uns mit großer Freude. Aber das Ziel wäre niemals erreicht worden, wenn nicht auf beiden Seiten starke, leistungsfähige, wohldisziplinierte Organisationen vorhanden gewesen wären. Den Führern dieser Centralverbände gebührt für ihre persönliche Haltung in erster Linie der öffentliche Dank: Indem sie ihre eigenen Interessen wahrt, haben sie sich um das Gemeinwohl verdient gemacht.“

Wir haben besonders die Worte von den starken und leistungsfähigen Organisationen unterstrichen; denn sie sind es, worauf es ankommt. Ohne sie gibt es

kein Verhandeln und keine Erfolge des Verhandlungsprinzips, und mit dieser Einschränkung, die Prof. Franne ja selbst vornimmt, kann man seine Worte schon gelten lassen. Nur möchten wir sagen: die schwerste Probe wird das Einigungsprinzip erst noch ablegen haben bei den jetzigen Verhandlungen über die Lohnhöhe und die anderen örtlich zu regelnden Vertragspunkte. Wir zweifeln gewiß nicht an den guten Willen zum Frieden bei den leitenden Männern des Arbeitgeberbundes, aber wir sind uns auch darüber klar, daß dieser gute Wille an vielen Stellen auf der Unternehmenseite fehlt, vollständig fehlt. Sonst könnten wir uns nicht erklären, was die Unternehmer in verschiedenen Orten zu den Lohnkürzungen veranlaßt. Der Arbeitgeberbund hat erklärt, daß er nicht die Absicht habe, die Löhne zu kürzen, außerdem ist für die Verhandlungskampagne eine Art Gottesfriede vereinbart worden, was sollen also die Lohnabzüge, die in München sogar vorgenommen wurden, während die beiderseitigen Vertreter über das Maß der Lohn erhöhung verhandelten, weiter sein als frivole Herausforderungen? So sehr wir die moralische Verpflichtung fühlen und ihr nachkommen trachten, während der Verhandlungen Arbeitsentstellungen zu verhindern, so wenig sind wir im stande, unseren betroffenen Kollegen zugummen, sich diese Lohnabzüge stillschweigend gefallen zu lassen. Es handelt sich übrigens dabei nicht nur um München, es kommen noch andere Orte, und gar nicht wenig, in Betracht; der Arbeitgeberbund mag dies darum als eine Mahnung auffassen, seine aus der Reihe tanzenden Mitglieder eindringlich zur Ordnung zu rufen.

Doch auch unserer Kollegen tut eine Mahnung zur Besonnenheit und Disziplin not. Es scheint ja leider eine Zeitfrankheit zu sein, um so ungebärdiger aufzutreten, je schwieriger die Verhältnisse sind. Die Erfahrung haben wir nicht erst in diesem Jahre gemacht. Demgegenüber möchten wir die Kollegen auf die Verantwortung hinweisen, die in diesen Tagen jeder von uns trägt. Wer diese Verantwortung nicht kennt oder nicht fühlt, der mag zurücktreten aus den vorderen Reihen; denn sein Rat und seine Tat können der Allgemeinheit jetzt nicht frömmen. Und die Sache der Allgemeinheit ist es, die jetzt verhandelt wird, nicht nur die Sache der Kollegen in A. oder in B. Durch die Unbekonnenheiten wird nur der exakte Austrag des Konflikts erschwert, werden neu und oft schwer zu lösende Streitfragen geöffnet. Die Kollegen mögen versichert sein: ihre Interessen liegen in geschickten und erprobten Händen. Die Führet, die unsere Sache in den Verhandlungen vertreten, werden wachen, daß uns nichts vorenthalten wird, was nach der Verteilung der Machtverhältnisse für uns zu erreichen ist. Die Verteilung der Machtverhältnisse muß aber für uns ungünstiger werden, wenn wir statt einer fest zur Faßne haltenden Kollegenschaft eine hältlose Masse in Rechnung stellen müssen, die sich von jedem beeinflussen läßt, der sich mit vielen Worten und wenig Einsicht billigen Lorbeer verschaffen möchte. Man rede nicht von „Steifung des Rückgrats“; das ist durch billiges Räsonnieren nicht zu bewirken; wenn unsere Führer das nötig haben, so ist ihnen am besten gedient, wenn die Kollegen eine ruhige und feste Haltung bewahren, aufmerksam und verständnisvoll den Lauf der Dinge verfolgen und sich somit immer zu den wichtigsten Entscheidungen fähig machen, bereit zum nähsamen Frieden wie zum etwa notwendigen Kampfe.

Das Reichsvereinsgesetz.

Am 31. März wurde der Bericht der Kommission zur Vorberatung eines Vereinsgesetzes den Reichstagsmitgliedern zugestellt. Bereits zwei Tage später, am 2. April, gelangte der Entwurf mit den von der Kommission beschlossenen Änderungen zur zweiten Beratung im Plenum. Die Blockparteien machten kein Hehl daraus, daß sie die Absicht haben, ihn noch vor dem Beginn der Osterferien vollständig und definitiv zu erledigen, d. h. ihn nach allen Regeln der parlamentarischen Kunst durchzuschießen.

Die Beschlüsse der Kommission sind das Resultat eines zwischen den konservativen und nationalliberalen Blockbrüderchaft und den „Freisinnigen“ abgeschlossenen Kompromisses. In der ersten Beratung des Entwurfs im Plenum hatten die „Freisinnigen“ in Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum entschieden den Standpunkt eingenommen, daß das Gesetz mit dem Sprachenzwangparagraphen unannehmbar sei. Sie hatten erklärt, daß ein „wirklich freiheitliches“ Vereinsgesetz zu stande kommen müsse, wie es den „Grundsätzen der Blokpolitität“ entspreche und daß sie hauptsächlich nur um diesen Preis dem Blok beitreten seien. Auch noch in der ersten Beratung in der Kommission vertraten sie diesen Stand-

punkt. Mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum lebten sie den Sprachenwandergraphen ab.

Zwischen der ersten und zweiten Kommissionsberatung aber ließen die Freisinnigen sich zu einem schändlichen Vertrag bestimmen, der in den Kompromißbeschlüssen offenbar wird. Der Sprachenzwangparagraph erfuhr mit ihrer Hilfe eine andere Fassung, deren hauptsächlichsten Inhalt wir bereits in Nr. 13 unseres Blattes mitgeteilt haben. Nachstehend geben wir ihre genauen Wortlaut:

„Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.“

Diese Vorschrift findet auf internationale Kongresse sowie auf Versammlungen der Wahlkonsolidierten Parteien St.

auf Verfassungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten und Elsaß-Lothringens vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltaages bis zur Beendigung der Wahlhandlung seine Anwendung.

Die Gültigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landesgesetzgebung. jedoch ist in Landesrechten, in denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes alleine gesetzte. Bevölkerungsstelle nicht deutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungsstelle nach dem Ergebnisse der jeweils letzten Volkszählung, festgestellt vom Hundert der Gesamtbewohnerung übereigen, während der ersten zwanzig Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes der Mitgebrauch der nichtdeutschen Sprache gefestigt, wenn der Verantwortliche der öffentlichen Verwaltung mindestens dreimal vierundzwanzig Stunden vor ihrem Beginne der Polizeibehörde die Anzeige erstattet, daß, das und in welcher nicht-deutschen Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen. Lieber die Anzeige, ist von der Polizeibehörde sofort eine solitäre Bekanntgabe zu ertheilen. Als Landesstelle gelten die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden.

Ferner sind, soweit die Landesgesetzgebung abweichendes nicht bestimmt, Ausnahmen auch mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig."

Der dritte Absatz dieser neuen Fassung wendet die Schärfe des Sprachenzwanges von der ältesten eingefessenen Bevölkerung der polnischen Landesteile ab. Wo die Bevölkerung nichtdeutscher Muttersprache 60 p.ßt. übersteigt, kann sie in öffentlichen Versammlungen dieser Sprache sich bedienen. Die volle Schärfe des Sprachenzwanges richtet sich sonach gegen die fremdsprachliche und zugleich auch gegen die deutsche Arbeiterschaft derjenigen Landesteile, in denen die fremdsprachlichen Elemente 60 p.ßt. der Gesamtbevölkerung nicht erreichen, so insbesondere Rheinland-Westfalen, Elsaß-Lothringen usw. Es soll verhindert werden, daß diese Elemente sich den gewerkschaftlichen Organisationen und Bestrebungen der eingefessenen deutschen Arbeiter anschließen. Darüber haben wir uns schon früher öfter äußert.

Aber dabei hat der verräterische „Freisinn“ es nicht bewenden lassen. Im Bunde mit Konservativen und Nationalliberalen hat er noch reaktionärer sich erwiesen, als die Regierung. Diese hatte in ihrem Entwurf darauf verzichtet, die Teilnahme jugendlicher Personen an Vereinen und Versammlungen zu beschränken. Das wollen die Konservativen nicht gelten lassen. Sie erreichten, daß die Nationalliberalen und Freisinnigen der Einfügung eines § 10a in den Entwurf zustimmten, welcher besagt:

„Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu geselligen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein.“

Selbst in Preußen gab es bisher ein solches generelles Verbot nicht; nur Schülern und Lehrlingen ist hier die Teilnahme an politischen Vereinen, nicht aber auch an politischen Versammlungen verboten.

Sprachenzwangparagraph und Ausschluß der Jugendlichen bis zu 18 Jahren, das sind die "großen" Leistungen, zu denen der "Freisinn" die Hand bietet. Sie charakterisieren drastisch den "liberalen Geist", der nach seiner Verfehlung das Reichsvereinsgesetz durchdringen sollte.

In dem Kommissionsbericht werden die Kompromissbeschlüsse damit begründet, „daß man durch das Kompromiß dem Blockdiensten Rechnung tragen, dem Block die Treue bewahren wolle“. Also der elenden Blockpolitik zu Liebe, um parteipolitischer Geschäfte willen hat der Parlamentsfreisinn in der Kommission die Prinzipien des Liberalismus verraten und am Volksrecht gescrevlt. Und er ist fest entschlossen, diesen Verrat und diesen Frevel im Plenum des Reichstages bei der zweiten und dritten Beratung zu befegeeln.

Die Sozialdemokraten haben von vornherein bei Beginn der zweiten Beratung sich leiten lassen vom Bestreben, alles, was nur möglich ist, zu tun, die beabsichtigte Durchsetzung des Entwurfs zu verhindern. Sie haben die nach Gerechtigkeit und Billigkeit nötigen Abänderungsanträge gestellt. So kommt es normalemäßig mit darauf in den Bericht

„politische Angelegenheiten“ festzustellen. Deshalb soll nach einem dieser Anträge in den § 2 folgende Bestimmung aufgenommen werden:

"Als politisch im Sinne des Vereinsgesetzes sind nicht anzusehen die Zwecke, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Teilnehmer oder weitere Kreise herbeizuführen, oder die geistige oder körperliche Ausbildung der Teilnehmer oder weiterer Kreise zu fördern, sowie religiöse Zwecke, auch wenn diese Zwecke durch Einwirkung auf die Gesetzgebung verfolgt werden".

Weiter beantragten die Sozialdemokraten natürlich die Ablehnung resp. Streichung des Sprachenzwangparagraphen sowie die Streichung aller anderen reaktionären Bestimmungen. Auch die Sicherung des Koalitionstrechts der Arbeiter gegenüber dem Terrorismus des Unternehmertums bezweckt einer ihrer Anträge. In § 15 Absatz 3 des Entwurfs soll einschärfat werden:

„Alle Bestimmungen, welche die Verabredung und Vereinigung zum Beiuie der Erlangung günstigerer Lohns- und Beschäftigungsbedingungen hindern, unterfangen oder unter Strafe stellen.“

Über Verlauf und Resultat der Beratungen berichten wir, soweit möglich, an anderer Stelle.

Königsberg.

Ein Wahrzeichen christlicher Gewerkschaftsarbeit im Osten.

Im allgemeinen ist es nicht unsere Gewohnheit, uns mit der christlichen Gewerkschaftspresse in einen Wettkampf im Aufsuchen von Terrorismusgeschichten einzulassen. Unsere Auffassung vom Wesen des Terrors läßt uns solche Dinge recht leicht ansehen. Wir haben darum manche Einwendung dieser Art gleichmütig zu den übrigen gelegt und uns auch nicht durch den hier und da erhobenen Widerspruch unserer Kollegen darin beeinflussen lassen. Wir sagten uns im Jagen und heute noch soll der Terror zwischen uns und den Christlichen überwunden werden, so müssen sich beide Teile in jahrelanger gemeinsamer Gewerkschaftsarbeit aneinander gewöhnen. Der gegenseitige Haß, die Unverzöglichlichkeit muß verschwinden und es muß auf ein Verhältnis hingerichtet werden, wo sich beide Organisationen — unter völliger Wahrung der grundsätzlichen Verschiedenheiten und ohne Erhöllung in der Werkearbeit — den Unternehmern gegenüber durch die Gemeinfamkeit der wirtschaftlichen Interessen solidarisch verbunden fühlen. Auf diesem Boden der gemeinsamen Arbeit erst kann sich dann ein Zustand formen, der die Vergewaltigung anders organisierte Arbeitskollegen mehr und mehr unmöglich macht. Das mag nicht sehr schnell, nicht in einigen Jahren geschehen können, aber es wird eintreten, wenn man sich von beiden Seiten Mühe gibt, diese Entwicklung zu fördern. Es wäre vielmehr wunderbar, wenn es anders käme. Die gewerkschaftliche Arbeit hebt nicht allein die materielle Lage unserer Klasse, sie verfeinert und veredelt auch unser stiftliches Denken und Wollen. Die im Terrorismus wirkende Nüchternlosigkeit ist das Erzeugnis der Lage, in der sich die Arbeiterklasse befindet. So wie diese durch unser gänges Klassenstreben verbessert, gehoben wird, so müssen sich auch ihre Gelehrteinrichtungen ändern.

Es hieße diese Entwicklung hindern, wollte man nun fortwährend durch Aufzählung aller gegnerischen Sünden die Erregung wachhalten oder gar steigern. Darum verzichten wir auf die billige Genugtuung, den „Grundstein“ mit Terrorismusgeschichten zu füllen. Das kann uns natürlich nicht veranlassen, zu Schandtaten zu schweigen, und darum müssen wir eine Gerichtsverhandlung aus Königsberg i. Pr. ganz gehörig unter die Lupe nehmen. Dort hat offizieller Terrorismus vier unserer Kollegen zu langen Gefängnisstrafen verholfen:

Die Kollegen Wohlke und Podszus erhielten je zwei Wochen, der Kollege Kriese zwei Monate und der Kollege Blotki ein Jahr Gefängnis.

Bu diesen Strafen sind die Kollegen verurteilt worden wegen schwerer Urkundenfälschung, der Kollege

In Königsberg streiteten die Kollegen im Sommer 1904. Es fanden sich aus den Streitenden selbst gegen 100 Abtrünnige, und diese bildeten zusammen mit dem hingeschleiften Menschenmaterial aus den üblichen Streitbrechländern auf Anweisung der Unternehmer einen Verein, mit dem der Arbeitgeberbund einen Vertrag abschloß. Dieser Streitbrechverein wurde nachher eine Zahnstange des Zentralverbandes christlicher Kaufhandwerker und Bauhülfearbeiter. Von den Unternehmern wurden die Arbeiter gezwungen, dieser Verbindung beizutreten; wer das nicht tat, wurde auf den Bauten der Mitglieder des Arbeitgeberbundes nicht beschäftigt. Es versteht sich, daß die Unternehmer das nicht stets durchführen konnten, aber seitdem die Bautätigkeit schlechter geworden ist, wird es mit eiserner Konsequenz so gehandhabt. Nicht allein die Unternehmer, sondern auch — und noch mehr — die So-

tung des gelben Vereins wachte eifersüchtig darüber, daß kein Zentralverbandler auf die Bauten des Arbeitgeberbundes kam. Durch diese Maßregel trieben Unternehmer und Gelbe bald viele bis dahin treue Mitglieder des Zentralverbandes dem christlichen Verein zu. Man ließ den Maurern nur die Wahl: entweder arbeitslos sein, und damit Weib und Kind hungern und im Elend verkommen lassen, oder Eintritt in den Streikbrecherverein. Die weniger Widerstandsfähigen entschieden sich für das letztere, wohl in der festen Hoffnung, bald wieder der verabscheuten Gesellschaft den Rücken kehren zu können. Zur besseren Kontrolle richtete schließlich der christlich-gelbe Verein einen Arbeitsnachweis ein, und vereinbarte mit den Unternehmen, daß nur noch Leute eingestellt werden durften, die von dem Bureau des Vereins geschickt wurden. Nun war das Schredensregiment völlig durchgeführt. Kein Zentralverbandler wurde mehr eingestellt und die Arbeitslosigkeit unter ihnen wurde immer ärger. Da kamen einige Kollegen auf den Gedanken, die alten christlichen Mitgliedsbücher, die von Übergetretenen abgegeben worden waren, so umzuändern, daß sie für sich als Ausweis auf dem christlich-gelben Bureau verwendbar seien, um so den Anweisungsschein auf Arbeit zu erhalten. Mit diesem Verlangen wandten sie sich an den Kollegen Pöhlke, der dem Königsberger Blauweinverein vorstand angehört. Die Umänderung von Büchern ist dann auch in einigen Fällen vorgenommen worden, nachgewiesen zu machen bei den Mauern Pöduszus und Pöhle. Das ist die Tat, in der die Strafkammer in Königsberg schwere Urkundenfälschung erblieb, die sie dann mit den oben angegebenen barbarischen Strafen ahndet. Kollege Kriese soll sich dadurch der Beihilfe schuldig gemacht haben, daß er einen Maurer, der ihm seine Arbeitslosigkeit klage, an Pöhlke verwies. Pöhlke steht übrigens seit Mitte Januar in Untersuchungshaft. Wie die Angelegenheit zur Kenntnis der Behörden gelangt ist, können wir nicht angeben, sicher aber wohl durch Anzeige der christlich-gelben Leitung oder des Arbeitgeberbundes. Zur Beurteilung der Sache, die diese beiden Gebliebe in der ganzen Geschichte spielen, ist es auch sehr gleichgültig, wer die Polizei benachrichtigt hat.

Am 31. März fand nun die Verhandlung vor der als „Schubertammer“ in weiten Kreisen bekannten Strafkammer des Landgerichts zu Königsberg statt. Aus der Beweisaufnahme teilten wir nach dem Bericht der „Königsberger Volkszeitung“ folgendes mit:

Angestellter Pöhlke erklärte, daß im Bureau des christlichen Maurerverbandes früher jedem Organisierten Arbeit, soweit solche vorhanden, bevorzugt wurde, in letzter Zeit aber nur noch den „christlichen“. Um nur die Andersorganisierten in Arbeit zu bringen, wurde vom Zentralverband die Errichtung einer Tarifvereinbarung mit dem Arbeitgeberverband versucht. Diese Verhandlungen wurden durch den Beamten der Christlichen gestört. Schließlich stellten dann die Unternehmen nur noch Leute ein, die durch das Bureau des christlichen Verbandes ihnen zugeschickt wurden. Infolge des ewigen Verdrängens der Zentralverbändler durch die Christlichen, wurden die meisten Zentralverbändler arbeitslos und konnten ihre Familien nicht ernähren. Darauf haben sich dann eine Reihe Maurer durch Bücher des christlichen Verbandes Arbeit zu verschaffen gewußt. Schließlich seien dann Arbeiter an ihn (Pöhlke) herangetreten und haben ihn ersucht, doch Bücher des christlichen Verbandes so umzutun, daß man sie für sich verwenden könnte. Die Bücher hatten im Bureau gelegen, und das nötige Stempelmaterial dazu haben ihm die Kollegen besorgt. Da die Leute meist sehr lange arbeitslos waren und er selbst den Hammer der Arbeitslosigkeit genau kannte, habe er sich schließlich dazu bereit erklärt, um so mehr, als die Leute mit Tränen in den Augen zu ihm gekommen sind. Durch fröhliche Beispiele sei er auch in die Meinung versetzt worden, daß auf die Umänderung im Höchstfalle eine Geldstrafe stehe.

Vorwihender: Sie wollen also die Handlung nur aus Mitleid für die arbeitslosen Kollegen begangen haben?

Angestellter Pöhlke: Ja! Ich wußte schließlich selbst nicht mehr, was wir Zentralverbändler anders tun sollten, um nicht immerfort arbeitslos zu bleiben.

Der Angestellte Pöduszus bekundete, daß ihm Kriese zu Pöhlke geschickt habe, der dann das Buch geändert hätte. Er hätte aber doch keine Arbeit bekommen, denn die Anerkennung sei auf dem christlichen Bureau bewertet worden. Im Bureau des Zentralverbandes seien keine Bücher geändert worden.

Angestellter Pöhlke erklärte, er sei seit 1890 Mitglied des Zentralverbandes, und da er im Winter 22 Wochen arbeitslos war, habe er sich von Pöhlke ein Buch des christlichen Verbandes ändern lassen. Er habe darauf auch Arbeit bekommen.

Vorwihender: Wußten Sie denn, daß das Buch nicht echt war?

Angestellter Pöhlke: Hal! Aber ich war doch froh, nun endlich einmal Arbeit zu bekommen und hielt es nicht für so schlimm.

Angestellter Kriese sagte aus, es sei ihm bekannt gewesen, daß sich einzelne Kollegen mit Büchern des christlichen Verbandes aushalfen, um Arbeit zu bekommen. Den Bodaus habe er nur zu Pöhlke geschickt, damit er nachsehe, ob er sein eigenes Buch als früheres Mitglied vom christlichen Verband bei Pöhlke finden würde. Als er später erfahren habe, daß Fälschungen vorgenommen worden waren, habe er Pöhlke davon gewarnt, da Pöhlke Mitglied des Vorstandes war und er den Vorstand in die Machenschaften nicht hineinziehen lassen wollte.

Darauf wurden die Zeugen gehört. Zunächst kam Herr Pallmar, der Volksbeamte des christlich-gelben Vereins, an die Reihe. Die Verteidiger wollten von ihm wissen, wie es denn komme, daß nur Christliche eingestellt werden, wo doch im Vertrage steht, daß die Christlichen mit jedem Andersorganisierten zusammenarbeiten müßten. Nach einigen vergleichenden Flüchtversuchen erklärte Pallmar, daß der Arbeitgeberbund es so gewollt habe. Im Vertrage steht die betreffende Stelle also nur als Schriftstil. Man könnte danach annehmen, daß sich die Christlichen nur gegenwärtigweise zu diesem Terrorismus hingeben. Damit stimmt aber nicht überein, was der Pallmar weiter unter dem Drude des Meineidsparagraphen bekennt münkte. Der Verteidiger Aschanash fragte ihn nämlich, ob er den Abschluß eines Tarifvertrages zwischen dem Zentralverband und dem Arbeitgeberbund durch ein Schreiben verhindert habe.

Darauf gab Pallmar nach längrem Zögern schließlich zu, daß er dem Obermeister Lauffer einen Brief geschrieben habe des Inhalts, daß die Christlichen ihren Vertrag kündigen würden, wenn die Arbeitgeber mit dem Centralverband einen Tarifvertrag abschließen würden.

Bernd Lauffer, Obermeister der Baumgewerkschaft, gab zu, daß ein mündliches Abkommen besteht, wonach nur „Christliche“ auf Bauten eingestellt werden, und dies würde genau kontrolliert, damit auch die Christlichen den Tarifvertrag nicht brechen könnten. Die Arbeitgeber müßten auch darauf achten, ob die Beiträge bezahlt seien, da nach der dritten Woche Rückstand die Mitgliedschaft bei den Christlichen aufhöre und die Leute dann ja laut Vertrag nicht mehr eingestellt werden dürften.

Eine weitere Reihe von Zeugen sollte darüber aussagen, wie die falschen Stempel beschafft worden sind. Ein Kaufmann bekundete, daß sie bei ihm bestellt wurden; er habe sie geliefert, aber er könne von den Angestellten nicht sagen, daß es einer von ihnen gewesen sei. Wie eng der Zusammenhang zwischen dem christlich-gelben Verein und dem Arbeitgeberbund ist, ging aus der Aussage einer Kontoristin hervor, die nicht mit Bestimmtheit sagen konnte, ob sie im Bureau des christlichen Verbandes oder im Bureau des Arbeitgeberbundes angestellt ist. Schließlich läutete sich die Sache so, daß sie wirklich Herrn Lauffer dient. Weitere Zeugen, sämlich Maurer, bekundeten, wie sie durch die Arbeitslosigkeit in dem christlichen Verband hineingepreßt worden sind. Sobald sie auf nicht unter Lauffers Diktatur stehenden Bauten Arbeit erhalten, traten sie wieder in den Zentralverband zurück. Ein Zeuge schilderte, wie er sich trotz guter Arbeitsgelegenheit in der Provinz herumtreiben mußte, um für die Familie Brodt zu schaffen. So sei es vielen Familienvätern ergangen. Trotzdem habe Lauffer in jener Zeit noch einige Hundert Italiener nach Königsberg geholt.

Bei dieser Sachlage konnte der Staatsanwalt Paezeler (man merke sich den Namen, der Mann wird es in Preußen noch zu etwas bringen) folgende Strafen beantragen: Gegen Pöduszus und Pöhle je vier Wochen Gefängnis, gegen Kriese sechs Monate Gefängnis und gegen Pöhlke eineinhalb Jahr Büchterschlag.

Die Verteidigung, die in den Händen der Anwälte Aschanash, Gaspari und Haase lag, bestritt die schwere Urkundenfälschung. Es könne hier nur der § 383 Abs. 1 in Betracht kommen, der vorschreibt:

„Wer, um Behörden oder Privatpersonen zum Zwecke seines besseren Fortkommen oder des besseren Fortkommen eines anderen zu täuschen, Pässe, Militärabschiede, Wanderbücher oder sonstige Legitimationssachen, Dienste oder Arbeitsbücher oder sonstige auf Grund besonderer Vorschriften auszustellende Zeugnisse, sowie Führungs- und Gütekettzeugnisse falsch anfertigt oder verfälscht oder wissenschaftlich von einer solchen falschen oder verfälschten Urkunde Gebrauch macht, wird mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu ₩ 150 bestraft.“

Man sollte es nicht für möglich halten, daß sich ein Gericht auf einen anderen Standpunkt stellen könnte. Und doch ist es geschehen, die „Schubertammer“ billigte den Angeklagten zwar mildnernde Umstände zu, füllte aber doch das oben bereits mitgeteilte Urteil. Selbstverständlich wird die Revision beantragt werden. Traurig ist nur, daß das Gericht die Haftentlassung des Kollegen Pöhlke ablehnte, obwohl ₩ 1000 Kavution angeboten waren.

Dahin hat es nun die christliche Gewerkschaftsstatt in Königsberg gebracht. Der christliche Verband mag stolz sein auf seine dort errungenen Erfolge, er mag jubilieren und mag Moralpredigten halten über „sozialdemokratische Urkundenfälscher“. Wir gönnen ihm das und sagen nichts weiter dazu. Aber wir halten den Falsch fest und richten ihn auf als Wahrzeichen; er zeigt, wohin es führt, wenn man den Boden des ehrlichen Kampfes verläßt und sich mit den Unternehmern verbündet, um die eigenen Klassen genossen zu unterdrücken.

Wirtschaftliche Rundschau.

Weitere Börsentermächtigung. — Börsenplünderung. — Internationale Preiskampfstand in Deutschland. — Auswanderung und Rückwanderung.

Die Börse von England ist am 19. März auf einen Diskont von 8 p.M. herabgegangen. Nach dem damals vorliegenden Ausweis vom 12. März verfügte sie (mit 40 618 000 Pfund Sterling) über einen höheren Goldvorrat wie jemals, gegen Mitte und Ende März, seit dem Jahre 1900. Gegen den 7. November 1907, an dem die Folgewirkungen der amerikanischen und internationalen Hinzone und Börsenkrisis am tiefsten die Bankstage leerten (Metallvorrat nur noch 28 725 000 Pfund Sterling), ist der Umlaufvolumen vollends ein durchschlagender; die 7. p.M. von damals und die 8 p.M. von heute spiegeln das deutlich genug wider.

Die Deutsche Reichsbank will erst die außerordentlich hohen Anforderungen des Quartalsabschlusses vorüberlassen, dann wird auch ihr Einsatz, der ja noch immer auf 5½ p.M. steht, fallen, wahrscheinlich sogar recht drastisch.

Aber wie in guten Wirtschaftszeiten der hohe Leitzins nur wenig hemmt, so regt in den jetzigen schlechten Zeiten der niedrigere Leitzins die Unternehmenslust nur wenig an. Die Börsen steht misstrauisch fest, daß im Februar der deutsche Umsatztempel von 1902 bis 1907 nie mal unter ₩ 1 136 000 einbrachte, 1905 sogar ₩ 1 912 000, während doch unterdessen Unmassen neuer Papiere dem Markt zugeführt wurden: der Berliner Börse allein an 11 Milliarden Mark.

Die wichtigsten Großhandelspreise bewegen sich gleichfalls fortgesetzt nach abwärts, sowohl nicht internationale Waren, wie beim Getreide oder Syndikate wie bei der Kohle, hier und da das Bild verändert. Für England zieht die bekannte Sauerbeck'sche Monatsliste aus 45 verschiedenen Waren einen Indexdurchschnitt heraus. Den Durchschnitt der 11 Jahre von 1867 bis 1877 steht gleich 100 angelegt, stand der Monatsdurchschnitt im September 1907: 79,1; im Oktober: 78,8; im November: 76,7; im Dezember: 76,2; im Januar: 76,0; im Februar: 74,5. Dabei fallen jedoch Getreide, Fleisch, Butter mit andauernd geringen höhen und sogar steigenden Preisen ins Gewicht. Die wesentlichen Industriestoffe und Hülfss- und Brennstoffe fielen also um so stärker, vor allem Kohle, Kupfer, Blei, fast alle Textilstoffen, wie Baumwolle, Flachs, Jute, Wolle, Seide; ferner Zalg, Palmöl und Petroleum. Eisen und Zinn erhöhen sich im Februar ein wenig, aber nur im Vergleich zu den schon vorher abgedrückten Preisen. Im ganzen waren die von Sauerbeck als „Materialien“ (Roh- und Hilfsstoffe), im Gegenzug zu den Nähe und Genutzmittel bezeichneten Waren im Großhandel schon während des Februar wieder zurückgefahren bis auf die jetzigen Preishöhe, die im Herbst 1905, also vor dem eigentlichen Aufstieg zur vollen Hochkonjunktur herstellt.

Die deutschen Preise laufen natürlich den englischen Preisen — mitunter in sehr weitem Abstand, wie bei dem Getreide durch den deutschen Zoll bedingt wird, aber doch im wesentlichen immer in dem gleichen Auf und Ab wie in England. Dagegen steht die deutsche Kohle infolge unseres Syndikatmonopols außerhalb jedes Vergleichs. Wester Cardis-Dampfschiffe erreichte z. B. in England 1907 einen zeitweiligen Höchstpreis von 21½ Schilling pro Tonne, im Dezember über 10 Schilling. Mit dagegen haben aller Brüderungs- der Industrie höhere Kohlenpreise, wie vor einem Jahre und es ist ein sehr fadenheimer Trost, daß das Syndikat während der Höchstkonjunktur Würzung gezeigt habe und hinter den damaligen englischen Preisreihen zurückgelassen sei. Die Verwahrhauer gegen eine solche Preispolitik des Syndikates werden deshalb immer allgemeiner. Nicht nur im Reichstag und preußischen Abgeordnetenhaus kamen sie in den letzten Wochen zum Ausdruck, und zwar nicht nur von agrarischer und sozialdemokratischer Seite, sondern auch die Großindustrie empfand neben der Kreditförderung die Brennstoffverteuerung der rückgängiger Konjunktur immer nachdrücklicher. Sogar Herr Ballin betonte in der Generalsammlung der Hamburg-American Linie: das Unternehmen müsse sich mehr und mehr den englischen Kosten zuwenden, da die deutschen Preise nicht den herrschenden Verhältnissen angepaßt würden. Der preußische Eisenbahminister mußte eine Abänderung der abnormen niedrigen Eisenbahn tarife für die Kohlenausfuhr anfordern, da das Syndikat seine hohen Preisforderungen einerseits durch Förderersteuerung, andererseits durch Lieferungen nach dem Ausland und Knapphaltung des Inhaltes zu stützen und zu halten sucht. Bohren mit seinem noch schwierigeren Kohlenförderung soll für glatte Aufhebung aller Sondertarife für den Kohlenexport eintreten. Wiederum hat gerade die preußische Eisenbahnverwaltung durch ihre vorzüglich feinen Lieferungsabschlüsse dem Syndikat in den Stand gestellt. Jedenfalls wird die Bedenken der Verwahrhauer in den letzten Wochtagen von entscheidender Bedeutung sein.

Wie die Hamburg-American Linie, schließlich auch der Norddeutsche Lloyd das lezte Geschäftsjahr bereits ungünstiger ab, wie das vorletzte. Hamburg-American gibt für 1907 8 p.M. Dividende gegen 10 p.M. im Jahre 1906 und 11 p.M. im Jahre 1906 und 9 p.M. im Jahre 1904; seit dem 15. April 1907 ist das

Aktienkapital von 120 auf 125 Millionen Mark erhöht. Der Bremer Lloyd gibt 4% pgl. Dividende, gegen 3½ pgl. im Vorjahr. Das Aktienkapital beträgt jetzt 1907 125 (vorher 100) Millionen Mark. In beiden Geschäftsberichten wird als profitvermindernd erwähnt: der jetzt beendete Ratstreit der verschiedenen, am transatlantischen Verkehr beteiligten Linien, der rapide Rückgang der Auswanderung nach Amerika, und ebenso das Zusammenbrummen des Frachtentwertungskrisis zwischen Europa und Amerika seit dem überwundenen Krisis. Noch im ersten Halbjahr hatte der zwischendurch eine nie erreichte Höhe erlebt, um so unaufhaltbar ging es in den letzten Monaten abwärts. Die dem Hamburg-Amerika-Bericht beigefügte Flottenliste weist 168 Dampfer, und 215 Glissdampfer, Schlepper, Leichter und sonstige Hilfsfahrzeuge mit einem Gesamtbruttoraumgehalt von 955 742 Registertonnen auf, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 29 249 t bedeutet. Trotzdem mußten, wie Wallin in der Generalversammlung bemerkte, im Vorjahr noch 121 freie Dampfer gehärrt werden, um den Ansprüchen der Höchsttonnentjunktur genügen zu können und seinerlei Konkurrenz sich einzustellen zu lassen. Der Norddeutsche Lloyd verfügte am Schlusse von 1907 über 127 (im Vorjahr 117) Dampfer und 2 (im Vorjahr 2) Schulschiffe, die mit M 180 137 000 (im Vorjahr M 161 346 000) zu Buch standen.

Da das letzte Vierteljahresheft der Reichsstatistik die Gesamtübersicht der Auswanderung für 1907 bringt, seien einige dieser Ziffern bei dieser Gelegenheit angehängt. Im ganzen wurden im Jahre 1907 31 898 deutsche Auswanderer festgestellt, es treffen also 5,1 Auswanderer auf 10 000 der Gesamtbewohner. Während in den Jahren 1902 und 1903 die Auswanderung nach einem mehrjährigen Rückgang in Zunahme begriffen war, hat sie zwar 1904 nicht wesentlich abgenommen, doch ist von da ab wieder eine allmähliche Steigerung derselben zu bemerken. Sie betrug

1901	22 078	3,9	auf 10 000 Einwohner
1902	39 988	5,6	" 10 000 "
1903	36 310	6,2	" 10 000 "
1904	27 984	4,7	" 10 000 "
1905	28 075	4,7	" 10 000 "
1906	31 074	5,0	" 10 000 "
1907	31 694	5,1	" 10 000 "

Große wirtschaftliche Veränderungen in Deutschland kommen in den letzten Jahren dabei kaum zum Ausdruck; eher ist die immerhin kleine Steigerung der letzten Periode durch die Erwerbsverhältnisse in Nordamerika zu erklären, die bis zum Herbst noch günstiger lagen wie bei uns. Über deutsche Häfen wurden 1907 ferner noch 363 815 fremde befördert, insgesamt also, da 531 186 Deutsche über Antwerpen, Rotterdam und anderen ausländischen Häfen die Seefahrt antraten, 389 995 Personen (284 013 über Bremen, 155 982 über Hamburg), von den deutschen Reedereien als Auswanderer befördert. Von den fremden Hafenländern waren hauptsächlich hettische Zugland mit 109 272, Nagarn mit 111 634, Schottland mit 105 595 Personen.

Anhöhlungen und d. s. d. R. der Raum leicht erhöht ist das Anschwellen der Rückwand deutung am Jahresende. Während als Zwischenbedeckende in Hamburg und Bremen seit dem Frühjahr 1907 monatlich etwa 10% bis höchstens 18 Tausend Personen anlangten, wurde die Ziffer im November auf 19 671, im Dezember auf 36 049 gestiegen. Der größte Teil befindet hierbei sicherlich aus Ausländern, die nach Österreich-Ungarn und den Balkanstaaten zurückgegangen. Die rückwandernden Italiener erscheinen natürlich in dieser Statistik nicht, da sie deutsche Häfen nicht benützen.

In vierzig Staaten liegt, da die deutsche Hafen nicht benötigen. Neben die ersten beiden Monate des neuen Jahres 1908 liegen noch einige Zeitungsmittelungen vor. In diesem Zeitraum sind über deutsche Häfen 1661 (1907: 2453) und über fremde Häfen etwa 330 (349) Deutsche ausgewandert, zusammen also 1991 (2094). Deutsche ausgewandert, mithin jetzt 703 oder 26 p.ß. weniger. Die Auswanderung ist in erster Staatsangehöriger über deutsche Häfen nun noch viel mehr zurückgegangen als die Deutschen. In den ersten beiden Monaten gingen über Bremen 5715 (1907: 26 464) und über Hamburg 4271 (22 168), zusammen über deutsche Häfen also 9986 (48 632) Angehörige fremder Staaten, so daß die Auswanderung auf etwa ein Fünftel der vorjährigen zurückgegangen ist. Ein solcher Absturz dürfte in die Geschichte der internationalen Migrationsbewegungen beißigstes deuten.

Berlin, 22. März 1908. Max Schipper

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage

Schluß der Staatsberatung. — Resolutionen. — Schiffahrtsabgaben. — Zweite Beratung des Vereinigungsgefecktmurks.

Programmatisch ist am 30. März der **Staatsrat** mit dessen dritter Beratung eröffnet worden, und zwar in einer von morgens 11 Uhr mit zweistündiger Unterbrechung bis gegen 12 Uhr nachts dauernden Sitzung. Zu einigen Einzelteils (Meistbaubehörde-Beratung, Reichsjustizamt, Postverwaltung) entpannen sich nochmals längere Debatten. Sozialdemokratische Redner traten wiederum energisch gegen das ideologische Unrecht der Soldatenbeihilfendienste, für eine humane und gerechte Behandlung der Söhne des Volkes im Wehrdienst und für Erhöhung des Soldes der gemeinen Soldaten ein. Nach Ansicht des Generalleutnants Sigismund von Arnim, des Vertreters des Kriegsministers, haben sich diese Redner bei Schilderung der rohen und unmenschlichen Behandlung, denen Soldaten oft ausgesetzt sind, "maßlos" übertrieben.⁽¹¹⁾ Schließlich gemacht. Er meinte, es sei mentalisch erklärlich, wenn militärische Vorgesetzte, Offiziere etc. sich zu Schimpfworten und Ungehörigkeiten hinreißen ließen. Nun unserer Ansicht ist es noch viel mehr mentalisch erklärlich, wenn moralisch und körperlich mißhandelte gemeine Soldaten den Zwang des Kadobefehlsgebots durchbrechen und ihr Menschenrecht geltend machen, d. h. sich auflehnen, gegen die Disziplin. Aber hier trifft es in der Regel furchtbare harte Strafe, während die Verfolgungen der Vorgesetzten fast immer eine sehr milde Bestraftung erfahren.

Die Zahl der im Reichstage zu den einzelnen Gesetzen angenommenen Resolutionen beträgt 82. Weitauß die

meisten sind sozialpolitischer Natur. Auf das Reich kommt des Künners enthalten davon 28. Den Schluß bildete zunächst die Abstimmung über den Antrag der Budgetkommission, bei der Reordnung der Arbeitsbedingungen in den Militärwerftstätten die Arbeitnehmer an sich zu hören.

Die Abstimmung über dieses Amendment zweitens blieb, musste zum „Hommessprung“ geschritten werden. Das Amendment wurde mit 127 gegen 121 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde der Antrag der Budgetkommission angenommen; desgleichen würden Resolutionen auf Gewährung des Lohnes für gesetzliche Feiertage an Arbeiter der Militärverwaltung und auf Einführung des Neumünzstandes für die in der Feuerwehrdienst beschäftigten Personen vom Jahre 1909 ab angenommen.

Die Sitzung am 1. April wurde ausgefüllt durch Be-

Die Sitzung am 1. April wurde ausgenutzt durch Bekanntmachung einer sozialdemokratischen und einer freisinnigen Interpretation, betreffend die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf deutschen natürlichen Wasserstraßen durch den Bundesstaat Preußen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Frank und Dr. David stellten fest, daß jolche Abgaben einen unerhörten wirtschaftlichen Rückstrahl bedeuten und daß sie der Reichsverfassung wider sprechen. Erster legte weiter dar, daß insbesondere Schiffahrtsabgaben auf Gewässer das Boot verlieren müssen, also in erster Linie die Arbeiter treffen. Es bilden, wie Dr. David zufrieden sagte, eine indirekte Steuer auf Rohstoffe und Lebensmittel Preußen, verfolge dabei eine Pressepolitik. Der Vertreter der preußischen Regierung, Minister Breitenbach, ließ das alles natürlich nicht gelten. Auch der Redner der freisinnigen Abgeordneten Kämpf, nahm Stellung gegen das berücksichtige Borgentreich, während sich Zentrum, Nationalliberalen und Konservative wohlwollend dazu verhielten.

Die am Dienstag, den 2. April, begonnene zweite Beratung des

Reichsvereinigungsgegenentwurf

leg auf Anfang an die Güteklassen bei der Blockpariserfernen, die auf ihre Bedeutung kommenden Beschlüsse der Kommission ohne viel Frauenspaß zur Annahme zu bringen. Die Blockredner befürworten sich in ihren Ausführungen auf das Nonnwendige. Am liebsten hätten sie ganz gedwogen. Hingegen kritisieren sowohl die sozialdemokratischen Wortführer, wie die des Zentrums und der Polen den Eintritt in scharfer Form so ausgiebig wie möglich. Der sozialdemokratische Abgeordnete Heine wandte sich u. a. energisch gegen die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts auf die Reichsbanghöfen. (Das hat auch der „Grundstein“ bereit in seiner ersten Befreiung des Regierungsentwurfs gestan.) Dr. Reder berief sich auf eine Petition des Gesamtverbands örtlicher Gewerkschaften, die genau so, wie es von sozialdemokratischer Seite geschehen ist, ausführt, daß Unterstehende fremder Arbeiter in Deutschland verachtet seien, daß sie zum Teil ausdrücklich, als Lohnräuber herangestellt würden, und daß die deutsche Arbeiterschaft daher das größte Interesse daran habe, die fremdsprachlichen Arbeiter für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen.

Jeder, der Blodröder behauptete in seinen kurzen Ausführungen, daß der Einwurf „große Verbesserungen“ bringe. Der Freikirinte, Herr Müller-Meinungen, erläuterte unter der Zustimmung aller Blodröder: „Wir halten an der Komproklamation des Gesetzes fest und lehnen alle Abänderungsvorschläge ab.“ Nur ein Mitglied der Blodrotpartei, der Anteilnehmer Birnbaum, nahm gegen den Einwurf Stellung, er bezog sich hier als einen politischen Rücksicht. Die Ausführungen der Oppositionsredner ergänzten sich in allen Hauptpunkten gegenseitig. Der sozialdemokratische Abgeordnete Leyen verlangt von der Belehrung fatastisch eine Erklärung darüber, ob den

Wiederholung eingehend eine Erklärung darüber, ob den Ausländern der Brüder in Vereinen und Versammlungen freigegeben wird. Wollte man das nicht, so bestreite die Abföhl, den Unternehmern einen Dienst zu erwiesen. Streitbretter und Bohnensträfer für sie heranzuziehen und den ehemalischen Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, solchen Unfug entgegen zu wirken.

Legiens Verlangen ab indem er sagte: „Die Frage, wie die Polizei sich im einzelnen verhalten soll, kann nur mit den allgemeinen Grundtägen des Vereinsgesetzes beantwortet werden. Und diese allgemeinen Grundtäge bestimmen, daß die Landesgesetzgebung ausgeschlossen ist, soweit sie nicht ausdrücklich aufrecht erhalten ist.“ — Mit der Frage, ob die Polizei in Zukunft das Recht habe solle, Mitgliederlisten von politischen Vereinen einzufordern, erwiderte ich, daß dies nach dem vorliegenden Entwurf nicht zulässig ist.“

schafft nicht als politische Vereine erklärt werden können. Er beweist u. a.:

„Die Erfahrungen, die wir Arbeitersührer gemacht haben, müssen und vor sich stimmen; mehr als einmal ist es mir vorgekommen, daß eine Gewerkschaftsversammlung, die noch gar nicht eröffnet war, als

Legien sagt in einer zweiten Rede: „Wir beantragen, den Begriff der politischen Angelegenheiten näher zu definieren, damit gewerkschaftliche Organisationen künftig nicht wie bisher mit den lästigen Bestimmungen belästigt werden, die für politische Vereine gemacht sind. Wenn sie das nicht klar und deutlich zum Ausdruck bringen, werden in Zukunft die gewerkschaftlichen Organisationen noch schlechter gestellt als bisher. Denn das bisherige Vereinsrecht verlangt die Einreihung der Mitgliederlisten. Jetzt aber sollen die Vorstandsmitglieder der Polizei bestimmt gegeben werden, und dadurch werden gerade die leitenden Personen und treibenden Kräfte der Organisation der Maßregelungssgefahr ausgesetzt. Denn allzu oft trifft die Polizei unter Bruch der

Amtsverschwiegenheit und des Rechtes den Arbeitgebern ihre
Listen mit.“

Nedden teilte folgende Fälle mit: „Der Bürgermeister in Siaßfurt teilte die Fabrikantvereinigung regelmäßig mit, welche Arbeiter sich in den Verhandlungen besonders hervorgehoben hätten, und hielt es mit seiner besonderen Ehre als preußischer Beamter vereinbar, den Unternehmern die Maßregelung der politisch und gewerkschaftlich tätigen Personen zu empfehlen. Der Anwartscher von Dötersleben gewährte den Unternehmen, Einblick in die Listen des Verbandes der Fabrik- und Hüttsarbeiter. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen, auch von dem Landrat, weil den Arbeitgebern die Listen nicht gehabt hätten, sondern nur zur Einsichtnahme gezeigt worden seien. Der Bürgermeister in Umlimbach hat, wie geschildert, festgestellt, dass der Direktion der Aktienbauernreie nach den Berichten des überwadenden Polizeibeamten die Arbeiternamhaft gemacht, die in den Versammlungen öffentlich auftraten. In den kleineren Orten sind die Missvorstehet vielfach zugleich Arbeitgeber, und den sollen ihre eigenen Arbeiter sich jetzt als Gewerkschaftsvorstände anzeigen. Wenn der § 2 in der Kommissionsbefragung angenommen wird, wird die Maßregelungsgefahr für die Arbeiter noch erhöht. Denn dann noch jeder Verein einen Vorstand und Satzungen haben und diese sowie die Mitglieder des Vorstandes der Polizei einreichen, welche nach allgewohnter preußischer Polizeivorschrift die Namen der Vorstandsmitglieder dem Unternehmen auf direktem oder indirektem Wege zugänglich machen wird. Die Unternehmer haben es dann in der Hand, jedes gewerkschaftliche Leben, besonders in kleinen Orten, zu vernichten. Wollen Sie das nicht, so lassen Sie nach unserem Vutrae eine Definition des Begriffes „politische Angelegenheiten“ geben. Außerdem kommt es, wenn der Polizei einfache Mitteilung von der Gründung des Vereins gemacht wird, dass Vereine nur an der Stelle des Sitzes des Centralvorstandes angemeldet werden, beantragen wie ebenso wie das Zentrum. Bislang ist ausdrücklich von Zweigvereinen der Gewerkschaften die Erweiterung besonderer Staaten verlangt worden. Wenn Sie diese Praxis nicht würdigen, müssen Sie unsere Anfrage annehmen. Schließlich wenden wir uns noch gegen den Antrag des Kommissionsantrages, dass die Satzungen in deutscher Sprache eingereicht werden müssen. Auch diese Verpflichtung ist nichts als eine Schikanierung der fremdsprachlichen Rechtsangehörigen. Über nach der Meinung der Freiheitlichen soll wohl auch das ein Verbesse rung vorliegen.“

Nachdem der Block den Schluß der Debatte herbeiführte hätte, würde mit seinen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Polen sämtliche Abänderungsanträge zu §§ 1, 2 und 2a abgelehnt. Damit schloß der erste Teil der Debatte. Am zweiten Tage, 8 April, hatten die Abänderungsanträge der Opposition absehbar Scheitern. Die Mehrheit schwante bei diesen Abstimmungen, die in allen Hauptpunkten namenlich waren, zwischen 20 bis 200 Stimmen. Nicht einmal dafür waren die reisunigen Blockabgeordneten zu haben, den Anträgen zuzustimmen, welche darunter gerichtet waren, gewerkschaftliche Verbrennungen vor polizeilicher Verwundung und Schikanen zu bewahren. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hildenbrand bezeichnete die Vorlage als einen Verlust, sämtlich Bundesstaaten zu verpreisen. Solch ein Gesetz sei eines Kulturstolzes unwürdig. Speziell für Württemberg bedeute das Gesetz in wesentlicher Verfehlung der gegenwärtigen Zustände. Nichts, rein gar nichts, läßt der Block von den eingeschlagenen Verbesserungsvorschlägen gelten. Und diejenigen fielen, welche Versammlungen unter freiem Himmel, aufzufasse, sich stellen wollten.

Die Bundesratsbevollmächtigten für Baiern, Württemberg und Baden wurden gebürgt, die Parteien, um ihrer Regierungen vor den Entwurf zu "veröffentlichen" zu können, in ihnen das nicht. Sie sowohl wie die Niederrheinische Bischöfliche konstatierten, der Entwurf sei ein großer Fortschritt in freiheitlicher Richtung.

Am dritten Verhandlungstage wurde der § 7 des Entwurfs nach neunstündiger Debatte erledigt. Die oppositionelle Kritik legte mit äußerster Schärfe gegen dieses ausnahmsweise Monstrum ein. Der sozialdemokratische Abgeordnete Legien hieß sie, daß der § 7 tatsächlich auf Betreiben der rheinisch-westfälischen Industriellen Aufnahme in den Entwurf gefunden habe. Auch die Redner der anderen Oppositionsparteien stimmten mit den Sozialdemokraten darin überein, daß dieser Paragraph zweck habe, den Unternehmern die Ausbeutung ausländischer Arbeiter und deren mißbräuchliche Verwendung gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der einheimischen Arbeiter zu sichern. Ein sehr eindrückliche Niede zurVerteidigung ihrer Interessen der Arbeiterschaft und der Arbeitersorganisationen zielt der sozialdemokratische Abgeordnete Hué. Er vertheidigte unter anderem die Feststellungen Legiens und zeigte sehr drastisch, daß der Sprachenzwang-Paragraph von seinen Lebhabern tatsächlich darauf berichtet sei, der kapitalistischen Ausbeutungspolitik und der Schädigung der deutschen Arbeiter.

Widerbruch erfuhrten hies Ausführungen nur noch von Seiten des Staatssekretärs des Innern. Und das war ein sehr belangloser Widerbruch. Nachdem noch ein Paar geprägte wurde, wurde der Schluss der Debatte vom Block herbeigeführt und die Abstimmung vorgenommen. Sie war in der Hauptsache eine name n i t t l i c h e . An ihr beteiligten sich 383 Abgeordnete, die Präsenz, wie sie in dieser Sitzung nur sehr selten vorzufinden ist. Den den § 4 stimmen geschlossenen 296 Blöcke und gegen ihn 179 Abgeordnete, Sozialdemokraten, Zentrum, Bölen und vier Freisinnige. Drei Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung. Das Resultat wird von der Opposition mit einer Enttäuschung gebührenden, Pflichten zu, vor dem Block verhandelt mit fanatischem Beifall aufgenommen.

Leben die Fortsetzung der ersten und über die dritte Be-
aufsicht werden wir in nächster Nummer berichten. Es ist ja
nicht daran zu zweifeln, daß der Block sein eigenes Werk voll-
endet, daß er Sieger bleiben wird.

dem Vertrage bezw. dem Spruch des Einigungsamtes zugekommen haben. Die spätere Genehmigung der Generalvorstände bleibt hierzu unberührt.

München, 6. April. Das Einigungsgesamt fällt heute, nachdem die Verhandlungen erschöpft waren, folgenden Schiedsspruch: Die Maurer erhalten für dieses und nächstes Jahr je 2 1/2 Lohn erhöhung pro Stunde, die Zimmerer 4 1/2 und 2 1/2, die Baufüllsarbeiter 3 1/2 und 3 1/2, die Spezialisten 2 1/2. Die Stadt Passau ist in die Lohn erhöhung mit einzogen. Die Parteien haben sich bis Mittwoch über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs zu erklären.

Die am Montag vormittag gegen 10 Uhr begonnene Fortsetzung der Verhandlungen in Essen sind Mittags um 1 Uhr noch nicht über Formalien und Erklärungen hinausgekommen. Die Arbeitgeberseite wollen in Einvernehmen mit Dr. Wiedfeldt zunächst die Lohnfrage ausschalten und alle übrigen Bestimmungen des Tariffs durchsetzen und darüber eine Vereinbarung herzustellen suchen. Die Unternehmer wollen ungeliebt handeln. Für sie ist die Lohnfrage „gefährlich“, indem sie abgeschlossen haben, weder jetzt noch im nächsten Jahre auch nur einen Pfennig zu bewilligen. Sie verlangen, daß die Arbeitgeberseite hierzu ihre Zustimmung geben sollen, sonst würden sie, die Unternehmer, überhaupt nicht in weitere Verhandlungen eintreten. Nachdem noch ein Vorschlag Dr. Wiedfeldts, eventuell die Lohnfrage für das nächste Jahr auszuweichen und für ihre Regelung eine Kommission einzulegen, kurz diskutiert worden ist, ist es Mittag geworden. Die Arbeitgeberseite gehen auch scheinbar auf der regelrechten Verhandlung des ganzen Tarifs, unbedingt fest, ob er schließlich an der Lohnfrage scheitert. Die Unternehmer behalten sich ihre Erklärung ob sie verhandeln wollen, vor. Heute erscheint jede Vereinbarung ausgeschlossen.

Essen, 6. April. Die Verhandlungen im Bau gewerbe sind bis Dienstag mittag vertagt. Sie drohen an der Lohnfrage zu scheitern.

Morgen vormittag findet eine Konferenz der Arbeitgeberseite statt.

Gau Berlin.

In Posen wurde am 2. April in einer unter Leitung des Herrn Scultrats Radomski tagenden Sitzung auf Grund des neuen Pflichttarifes ein Vertrag, den nach die Zustimmung der beiderseitigen Generatorenvereinigungen erhalten muss, abgeschlossen.

Der neue Vertrag sieht eine Lohnaufbereitung von 52 1/2 auf 52 1/2 vom Tage des Inkrafttretens bis 31. März 1909 und von da an auf 53 1/2 Stundenlohn vor. Die vor dem Zustandekommen des neuen Vertragsmusters geführten Verhandlungen waren, wie üblich, ergebnislos verlaufen.

Das wäre also der erste Vertrag, der auf Grund des vereinbarten Tarifmusters abgeschlossen wäre. Die Posener Kollegen hatten bereits im Winter beschlossen, von der Forderung einer Lohn erhöhung abzusehen. Trotzdem haben ihnen die Unternehmer einen Pfennig, wenn auch nur in zwei Raten, bewilligt. Wir findt gerüchtig ob dieser Großmut.

In Oranienburg ist der Vertrag von seiner Seite gefündigt worden und läuft nach den Bestimmungen des alten Vertrages ein Jahr weiter. Obwohl die Unternehmer Mitglieder des Arbeitgeberverbands sind, verlängern sie einfach die Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag und setzen den Lohn um 10 1/2 pro Stunde. Ob es dort zur Arbeitszeitverlängerung kommt, ist noch nicht abzusehen. Wir hoffen, daß der Arbeitgeberverbund, an den wir uns gewandt haben, seine Mitglieder anweist, einmal beschlebende Verträge auch zu halten.

In Freienwalde weigerten sich die Unternehmer, den vertraglichen Lohn zu zahlen. Bei den Verhandlungen erklärten die Unternehmer aber, den vertraglichen Lohn weiterzuzahlen, weil sie nicht vertragssbrüderlich werden wollten.

In Eberswalde fändigen die Unternehmer den Vertrag, der am 1. April endet. Drei Tage vorher wütten sie der Lohnkommission mit, daß vom 1. April an der Lohn um 6 1/2 pro Stunde gefürzt werde, mit dem Bemerkern, daß bis zum 6. April in dieser Sache verhandelt sein müsse. Am 21. März wurde weiteren Kollegen mitgeteilt, daß der Lohn bis zum 11. April um 10 1/2 gesetzt wird. In der Verhandlung wönnen die Unternehmer den Lohn noch um 1 1/2 pro Stunde fürchten, womit sie die Kommission nicht einverstanden erklären könnten. Eine weitere Verhandlung findet noch statt.

In Caputh haben uns die Unternehmer den Vertrag genehmigt und wollen nun eine Lohn erhöhung von 63 auf 55 1/2 vornehmen, ebenfalls, wollen sie die Arbeitszeit von neun auf zehn Stunden verlängern. Bei dem Unternehmer Hartmann legten die Maurer nieder; die Maurer wurden dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Die übrigen Unternehmer sperrten ihr Leute am 1. April aus. Eine Verhandlung, die am 8. April stattfand, verlief resultlos, weil die Unternehmer auf die Verschlechterung der Lohns und Arbeitsbedingungen bestanden.

Gau Dortmund.

Vom Zweigverein Duisburg wird uns über einen Tarifschluß der Unternehmer, in Heilbronn berichtet, der schon aus dem Grunde der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden soll, da gerade aus diesem Werktagskreis des Herrn Schmidheims so oft Radikalismus über angeblichen Tarifbruch der Arbeitnehmer kounnen, die lediglich eine mögliche Überarbeitung alltäglicher Werktäglichkeiten darstellen. Nach vorangegangenen Streit wurde im Jahre 1907 in Rheinhausen, einer Zahlstelle von Duisburg, ein Vertrag abgeschlossen, der u. a. für das Jahr 1908, und zwar vom 1. März an, eine Lohnzulage von 2 1/2 und die Verkürzung der Arbeitszeit von 10½ auf 10 Stunden vorsah. Als jetzt nun die Aenderung eintreten sollte, erklärten die Unternehmer, sie nicht einführen zu können, weil die Wirtschaftlichkeit zu sehr nachlassen habe. Da einige Unternehmer die vertraglichen Bestimmungen schon seit längerer Zeit im voraus

eingebracht hatten, so veranlaßte man auch diese, die Arbeitsbedingungen wieder zu verschlechtern. Die Arbeiter wunderten sich darauf an den Bürgermeister von Friedersheim, durch dessen Vermittlung der Vertrag schließlich zu stande gekommen war, und dieser legte auch eine Erklärung an. Aber auch hier blieben die Leute dabei, sie könnten es nicht. Dabei war ein Unternehmer, Major mit Namen, zu sagen, der sich fürzlich ersträumte, im vorigen Jahre M. 40 000 gehabt zu haben! Ach was heißt Ehrenwort!, meinten die Herren, als sie auf den Vorbruch hingewiesen wurden. Mit solchen Zusätzen sollten doch einmal Arbeiter über eine Tarifverletzung hinwegsehen, das Geldscheine über moralische Verfolterung hinweg, möchten wir nicht hören! Indes mögen sich die Unternehmer gelöst sein lassen, das das leste Wort hierzu noch nicht gesprochen ist; wir werden ihnen noch beibringen, welchen Wert die Vertragsrechte hat.

Gau Hamburg.

In Hamburg freisten die Steinarbeiter. Infolgedessen sprach bei den Unternehmern der Plan einer Ausperrung aller Bauarbeiter unterm. Es ist also möglich, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, daß wir auch in Hamburg in einen größeren Konflikt verwickelt werden, zumal der größte Teil der Unternehmer vertraglich nicht gebunden ist.

Gau Hannover.

Neben die Lohnbewegungen im Zweigverein Hannover wird mitgeteilt: In Sachsenhausen besteht die Ausperrung seit dem 2. März noch immer. Da die Arbeit drängt, so steht die Sache für unsere Kollegen nicht schlecht. Die Unternehmer Büselsberg und Menzing verlangten von neuem den Ausstieg aus der Organisation. Da die beiden Unternehmer in bitterer Feindschaft (Konkurrenz) leben, ist ein gemeinsames Verhandeln ausgeschlossen. Doch sind sich beide darin einig, daß unsere Forderung unbedingt ist. Der Lohn drückt bis zu 33 1/2, gefordert sind 38 1/2. Unverhältnis ist nach Meinung der Unternehmer auch, daß wir in den Ortsteilen, die über drei Kilometer von Sachsenhausen entfernt liegen, Stundenlohn verlangen; er, Meinung, sei vor 30 Jahren hinunter zu Arbeit gelangt und hätte auch nichts dafür bekommen. Da ancheinend beide Unternehmer an einem 30jährigen Rückständigkeit franten, so wird es noch eines längeren Kampfes bedürfen, ehe sie sich in die heutige Welt hineingefunden haben. Zugang ist ständig fernzuhalten. — In Neu-Isenburg a. d. A. Abg. haben wir Anfang Februar a. d. J. Forderungen eingerichtet, um den Stundenlohn, der jetzt 40 1/2 bzw. 42 1/2 beträgt, um 45 1/2 zu erhöhen. Außerdem sind in dem eingereichten Tarif noch einige andere Verbesserungen vorgesehen. Am 23. März hat uns Herr Blasius, der Betriebsrat, mitgeteilt, daß der Vertrag noch einige andere Verbesserungen vorsehen. Am 23. März hat uns Herr Blasius im Auftrage der dortigen Unternehmer den bekannten Maurer und Zimmerer zugefandt, und zwar mit einer Lohnreduzierung von 2 1/2 bzw. 5 1/2. Die Kollegen werden zur täglichen Zeit die richtige Antwort darauf zu geben wissen. — In Wunstorf bestehen die Differenzen noch immer, da bei den Unternehmern keine Neigung zur Verhandlung zwecks Beilegung der Streitpunkte vorhanden ist.

Gau Magdeburg.

Die Lohnbewegung in Alten ist ohne ernsthafte Differenzen beendet. Die Unternehmer haben sich nach einigem Streiten bereit erklärt, den Lohn am 1. April von 36 auf 38 1/2 und am 1. Mai von 38 auf 40 1/2 zu erhöhen.

Der Streit in Calbe a. d. Elbe geht unverändert weiter, da sich die Unternehmer zu den in Aussicht gestellten Verhandlungen nicht eingehend haben.

Die Kollegen in Köthen haben den Unternehmern eine Forderung auf 5 1/2 Lohn erhöhung unterbreitet. Antwort ist bisher nicht erfolgt; doch hat sich der Unternehmer Stahmeyer ausgelassen, er würde sie noch in Aussicht stehenden Bauten durch Magdeburger Maurer (Oberrieder) in Aktion austübben lassen.

In Hecklingen hatte der Unternehmer Wasdung den Lohnzuschlag von 42 1/2 auf 40 1/2 während des vergangenen Herbstes zurückverdient; als die Kollegen vorsichtig wurden, hat er sich bereit erklärt, den Lohn von 42 1/2 wieder zu zahlen. Ob auch der andere Unternehmer den Lohn wieder erhöht hat, ist bis zur Stunde noch nicht mitgeteilt. Die Kollegen werden überhaupt gut tun, dafür zu sorgen, daß endlich der Stahlhütter Lohn eingeführt wird.

In Seehausen i. d. Altmark haben die Kollegen eine Forderung an die Gründung des Stundenlohnes um 5 1/2 sowie noch einige Nebenforderungen eingerichtet. Die Unternehmer lehnen jegliche Verbesserungen ab und begründen ihre Ablehnung mit den niedrigeren Löhnen, die in der Umgegend, ganz besonders in Brandenburg, gezahlt werden. Die Kollegen werden eben dafür sorgen müssen, daß im ganzen Bezirk Verbesserungen durchgeführt werden.

Gau Mannheim.

In Kaiserslautern haben die Unternehmer auf die von uns eingereichten Forderungen geantwortet, sie wollten keinen Tarif abschließen und würden als Höchstlohn 45 1/2 pro Stunde zahlen. Am 1. April kündigen die Unternehmer den Maurern auf den einzelnen Baustellen dann auch an: Von heute an gibt es nur noch 45 1/2 pro Stunde. Da bisher 45, 47, 48 und 50 1/2 gezahlt wurden, so bedeutete dies eine erhebliche Herabsetzung des Lohnes. Die Unternehmer fügten hinzu: „Wer von uns mehr als 45 1/2 zahlt, muß 500 Konventionalstrafe bezahlen“. Hierdurch wurde bei uns Kollegen eine solche Sanktion erzeugt, daß sich noch am 1. April, nachmittags 4 Uhr, eine Verhandlung abhielt und einstimmig dem Streit beigelegt. Das war allerdings nicht vorsetzt, doch nach Lage der Sache verständlich. In Frage kommen circa 100 Mann. Bier Unternehmer haben bereits bewilligt; bei diesen arbeiten 25 Kollegen zu neuen Bedingungen. 20 bis 30 Mann werden anderwärts untergebracht, so daß nur eine geringe Zahl Streitenden übrigbleiben wird.

In Heidelberg wurde am 4. April zum zweiten Male mit dem Arbeitgeberverbund verhandelt. Es wurde über alle Punkte eine Einigung erzielt, nur in der Lohnfrage nicht. Die Unternehmer wollen wieder in diesem noch im nächsten Jahre eine Lohn erhöhung zahlen. Sie begründen dies mit der schlechten Baustellensituation. Doch müssten sie selbst zugeben, daß eine große Zahl Bauten angemeldet ist, darunter eine Kirche, eine Schule, ein Postanbau, ein Gefängnisbau usw. Zuletzt erklärten die Unternehmer, wenn am Schlusse des Monats durch den Bundesvorstand eine Lohn erhöhung

eingestanden würde, dann wollten sie sich dem anstehenden mit diesem Trost würden die Verhandlungen beenden. Am Abend fand Verhandlung statt. Ein Teil der Kollegen verlangte energisch den sofortigen Streit. Nachdem Kollege Horster die gegenwärtige Situation jedoch eingehend geschildert hatte, wurde von einem Streitbeschlus absehn. Es wird zu den bisherigen Vertragsbestimmungen weitergearbeitet.

In Freiburg (Breisgau) sollen am 10. April Verhandlungen stattfinden. Ob diese auch zugleich für Bahr und Wüllh. e. im mitgeführten werden sollen, ist noch nicht bekannt.

Gau Stettin.

Zu Alt-Damm ist der alte Vertrag bis zum 31. März 1910 verlängert worden.

In Anklam befolgen die Unternehmer eine recht unheilvolle Tattit. Auf unseres Antrag auf Lohn erhöhung teilten uns die Herren Anfang März mit, daß sie die alten Lohns und Arbeitsbedingungen auf ein Jahr verlängern will und eine mündliche Verhandlung für überflüssig hielt. Unterzeichnet war dies Schreiben mit W. Burmeister. Am 22. März erklärten wir uns förmlich mit dem Vorschlag der Unternehmer einverstanden und glaubten, damit die Lohnfrage für 1908 als erledigt ansehen zu können. Zu unserer Überraschung überwandten uns die Unternehmer unter dem 28. März einen neuen Vertrag, der bedeutende Verfehlungen enthält und in ausgesuchter Weise alle scharfen Stellen des ursprünglichen Vertragsentwurfs berücksichtigt, aber jede Verfehlung verminder lädt. Auch dieses Schreiben ist mit W. Burmeister unterzeichnet. In recht pfiffiger Weise wollen die Unternehmer durch Verlängerung des alten Vertrages den Kampf ausweichen, solange allzorts der Kampf droht und stolz und frei“ brechen sie die gegebene Worte, wenn sich ihnen die Möglichkeit bietet, ohne Krieg die Verträge zu verfehlern. Am 2. April ist den Herren mitgeteilt worden, daß Maurer und Zimmerer den Vertrag bis 31. März 1909 als abgeschlossen betrachten.

In Barth ist nach langen Verhandlungen am 29. März der Abschluß erfolgt. Mit zwei Dritteln Majorität ist das Angebot der Unternehmer angenommen worden. Es werden bis 31. März 1909 bei zehnstündiger Arbeitszeit 40 1/2 in der Stadt und 42 1/2 über Land gezahlt. Damit hat der Zweigverein seit 1904 8 1/2 Lohn erhöhung und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung erreicht, ohne daß es zu ernstlichen Kämpfen gekommen ist.

In Grimmen schwieben seit Dezember die Verhandlungen. Seit 26. Februar hatten die Unternehmer den „Frieden“ dictirt, aber das Einverständnis der Maurer und Zimmerer nicht erhalten. Am 31. März kam es nochmals zur Verhandlung. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab, sie hofften auf die am Ort bestehende Doppelorganisation und verlangten die persönliche Anerkennung ihres Vertrages von jedem einzelnen Arbeiter. Am 1. April wurden sämtliche Maurer und Zimmerer wegen Verneigerung der Unterschrift entlassen. Den Unternehmern blieben keine Leute und so kam es am 8. April zur Verhandlung, an der sich auch die Unternehmer von Trebbin beteiligten. Hier wurde für 1908/09 10½ Stunden und in 88 1/2 Lohn und für 1909/10 10 Stunden und 40 1/2 Lohn vereinbart. Geltung hat der Vertrag bis zum 31. März 1910. Damit ist die zehnstündige Arbeitszeit in ganz Pommern eingeführt, mit Ausnahme der Städte Güstrow, Lübz und Teterow a. d. L. Da die Kollegen von Trebbin die zehnstündige Arbeitszeit und 40 1/2 Lohn erhalten, verhandeln sie nur dem guten Verhalten der Gründer Maurer und Zimmerer.

In Neustettin ist am 20. März das Angebot der Unternehmer, den alten Vertrag in seinem ganzen Wortlaut und Umfang zu verlängern, angenommen worden.

Zu Boreckow sind die alten Bedingungen bis zum 31. März 1909 verlängert worden. Trotzdem haben unsere Kollegen in Hindenwalde wollte nur 45 1/2 zahlen, begeistezte sich jedoch zur Weiterzahlung der vertraglichen 50 1/2. Der Unternehmer Körnemann machte es ebenso, es mohllichlich ist erst zur Arbeitszeitstellung kommen. Die Unternehmer zeigen damit, daß bei ihnen noch aller Organisation keine Disziplin ist.

In Stettin sind mit dem Arbeitgeberverbund für Stettin und Kreis Randow (Neuer Verband) die alten Bedingungen bis zum 31. März 1909 verlängert worden. Trotzdem haben unsere Kollegen in Hindenwalde abgewichen. Unternehmer Bülow in Hindenwalde wollte nur 45 1/2 zahlen, begeistezte sich jedoch zur Weiterzahlung der vertraglichen 50 1/2. Der Unternehmer Körnemann machte es ebenso, es mohllichlich ist erst zur Arbeitszeitstellung kommen. Die Unternehmer zeigen damit, daß bei ihnen noch aller Organisation keine Disziplin ist.

In Boreckow sind mit dem Arbeitgeberverbund für Stettin und Kreis Randow (Neuer Verband) die alten Bedingungen bis zum 31. März 1909 verlängert worden. Mit dem „Alten Verband“ schwenken die Verhandlungen noch. Die Herren bestehen auf einem zweijährigen Vertrag und wollen für das zweite Jahr keine Zugeschriften machen. Sie werden sich jedoch hoffentlich noch befinden.

Holzlerer.

Über den Streit der Holzlerer bei den Mannheimer Holzwerken und Holzfabrik Heilbronn wird uns geschrieben: Die Holzlerer oben genannte Firma seien seit dem 16. März wegen Lohnunterschieden in Streit; die Firma verstand es schon am Tage vorher, der Vorstandshab. welche dort beschäftigt war, die Parteien zuzuhören und diejenige zu entlasten und meinte damit den Vogel abgedroschen zu haben. Es fand dann am 21. März Verhandlungen zwischen dem „Allgemeinen Arbeitgeberverbund“ durch Dr. Reiner vertreten, statt, die Firma fand es aber nicht für nötig, dort zu erscheinen, weil sie ganz genau wußte, daß in anderen Städten, wo keine Klärung besteht, der geforderte Lohn schon längst bezahlt wird. Dr. Reiner erklärte selbst, daß er sich in unserem Verste nicht anstrengte, wohl aber seiner Ansicht nach der Lohn etwas niedrig sei. Unterfels waren der Gebäudemeister H. Lange-Verlin und die gewählte Kommission vertreten. Dr. Reiner erklärte weiter, er müsse sich, da die Firma nicht anwendet sei, von verfehlten Strichen die Tarife einkündigen lassen, die Verhandlungen würden dann anfangs nächster Woche stattfinden; aber die Sache ging auf anderem Wege, nämlich die schwarze Liste zulieferte und schon an dem betreffenden Samstag wurde ein Kollege, der schon vor dem Streit in einem anderen Vertrieb arbeitete, entlassen, und zwar auf Veranlassung des Vorstandes des Arbeitgeberverbands für das Holzgewerbe Süddeutschlands, Herrn Dreyfus in Schiltigheim bei Straßburg. Diese Sache wird noch ein-

à 45. Wolfsburg 100 A à 25. Wener 200 B à 40. Wüstenhagen 400 B à 40, 50 A à 25. Wölsnitz 800 B à 35, 800 B à 45. Wünzingerode 200 B à 35. Wujungen 1200 B à 40. Wittenberge 600 B à 50. Zöbingen 200 B à 35, 30 E à 50. Zellin 75 A à 25. Zahna 200 B à 35, 350 E à 50. Zehden 400 B à 35. Zehden 200 A à 25, 100 B à 45.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu-gedachten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in vorheriger Woche das Wahlprotokoll eingestellt haben und denen nachstehend eine andere Mitteilung geworden ist.

Aus verloren gemeldet sind, um die Mitgliedschaft der Kollegen: Paul Schmidt - Hanfstraße (Borb., Nr. 88 014), Maximilian-Wörnsdorf (466 134), W. Weinhold-Lee (417 140), Heinrich Knodel-Berlin (252 234), Gustav Tinner-Göbenstein (252 125), Gust. Sübre-Gütersloh (245 918), Andr. Mergel-Gütersloh (177 749), Wilh. Karge-Güten (154 172), Heinrich-Dietrich-Göttingen (72 401), Arch. Wiech-Hannover (27 142), Jos. Leitner-München (360 146), V. P. Binder-Darmstadt (255 389), Jos. Hellerbad-Mainz (40 732), Karl Wolf-Salder a. d. S. (37 274), Herm. Thüm-Danzig (336 333), G. Sellmann-Bremenhaven (183 963), H. Wermann-Bremen (183 770), Jac. Paar-Bremen (58 673), A. Brüggemann-Bremen (15 803), E. Lippert-Chemnitz (471 506), Aug. Wohl-Hanover (470 163), Paul Uhlrich-Chemnitz (471 675), Sol. Gebhardi-Berlin (483 216), Heinrich Hub-Hannover (184 811), Alte Sieche-Vedern (145 884), Alb. Dr. v. Gr. - Bingen (75 289), A. Steder-Alte-Nabstedt (156 827), Jos. Müller-Essen (184 563), Heinr. Schubert-Schwib (244 257), Aug. Wohl-Pforzheim (286 322), Jak. Treitling-Landau (226 614), Jos. Michel-Landau (295 243), Herm. Schmitz-Meiningen (328 759), Paul Zimmer-Autobahn-hütte (345 775), Heinr. Bühlert-Berlin (375 074), Andr. Karl Bamberg (221 244), Jos. Beneck-Bamberg (462 315), Georg Müller-Nöhr (301 470), H. Höch-Nöhr (349 047), Herm. Senft-Leipzig (339 863), E. Berndt-Gotha (179 737), G. Reichenbauer-Augsburg (223 798), Val. Angst-Mannheim (310 645), Emil Loeck-Düsseldorf (358 095), Jos. Jander-Gelsenkirchen (373 161), Dr. Jander-Gelsenkirchen (373 162), Heinrich Schrewe-Görlitz (118 278), Jos. Kloster-Görlitz (186 357), G. Prange-Görlitz (388 210), Heinr. Janz-Görlitz (456 339), G. Knape-Goldberg i. L. (449 016), Paul Schubert-Berlin (3741), Gustav Schröter-Wiesbaden (16 303), August Vater-Binzlau (57 431), Jac. Brügel-Mannheim (35 990), Karl Werner-Reise (148 099), Karl Wohr-Chemnitz (158 724), W. Wankendorf-Wiersberg (169 593), A. Diener-Mittel (362 375), Dr. Baumann-Nienburg (366 155), A. Hintermeier-Münden (3 0211), A. Barwida-Mühorn (328 357), H. Baumgart-Wenig (359 975), J. Frots-Wenig (299 366), J. Wölf-Säckwitz (270 808), Heinr. Kirsch-Görlitz (216 890), Otto Siegendorf-Gütersloh (196 997), J. Janschke-Wiemersdorf (188 377), Aug. Osterholz-Dörverleden (178 069), G. Schüttling-Dörverleden (386 906), Dr. Holzapfel-Mittelnburg (386 705), B. Flegel-Nationwig (463 506), Karl Küste-Gießen (256 947), W. Körner-Gießen (66 299), Jos. Steinenz-Görlitz (219 258), B. Vörtelshofer-Nürnberg (424 081).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 des Statuts vom Zweigverein Sonneberg i. Th.: Reinhold Schellenberger (Verb. Nr. 437 388), Hermann Brückner (199 339), Oskar Liebmann (356 374), Paul Liebmann (166 670).

N.B. Die Namen derselben Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Auflistung nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Sonneberg i. Th.: Jakob Hünke, geboren am 1. Dezember 1869 zu Neustadt (Verb. Nr. 382 432); Leo Bierwagen, geboren am 25. Oktober 1888 (446 194); Gottlieb Röder-Böck, geboren am 4. August 1882 zu Lennig d. Bitterfeld (160 879).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden erachtet, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Gehauftmachungen der Gauvorstände.

Gau Leipzig.

Der Zweigverein Hohenmölsen heißt jetzt Taucha b. S.

Jahresberichte der Gauvorstände.

Gau Cöln a. Rh.

Unsere Hoffnung auf eine gute Bautätigkeit im Jahre 1907 hat sich leider nicht erfüllt. Das Jahr stand im Rheinlande, soweit das Baugewerbe in Frage kommt, im Zeichen der Wirtschaftskrise. Nicht weil etwa ein Überfluss an Wohnungen, also Überproduktion, vorhanden wäre — im Baugewerbe Rheinlands gibt es nicht leicht eine Überproduktion —, aber die immer schwächer werdende Versorgung auf dem Geldmarkt hemmte die Siedlungsbautätigkeit sehr stark. Eine große Anzahl von Strohmännern mußte die Bude schließen, viele, ohne ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können. Gähnend läßt sich der Rückgang der Bautätigkeit im Augenblick leider nicht genau feststellen; die statistischen Lemter der Großstädte arbeiten sehr langsam, und bis heute fehlen aus den größeren Städten die Angaben vollständig.

Nur aus Düsseldorf liegen uns Mitteilungen vor, wonach infolge der danielserliegenden Bautätigkeit die Zahl der leerstehenden Wohnungen ganz bedeutend zurückgegangen ist. Von je 1000 Wohnungen standen in Düsseldorf leer: 1903: 55, 1904: 44, 1905: 43, 1906: 36, 1907: 24. Weiter sagt der Bericht: Leider hat die Bautätigkeit während der letzten Jahre in erster Linie gerade die Kleinwohnungen vernachlässigt; demzufolge ist der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen in den zweit- und dreiräumigen Wohnungen mit 2,26 (3,78) p.M. und 2,35 (2,82) p.M. des Gesamtbefreiungsbetrags am niedrigsten und das Anteile des Wohnungsmarktes bei den kleinsten Befreiungen mit je 1 Wohnraum am schärfsten ausgeprägt; die Quote der leerstehenden Wohnungen ist hier in Jahresfrist von 6,64 p.M. auf 8,08 p.M. gestiegen.

So wie in Düsseldorf, liegt es jedenfalls auch in den übrigen Großstädten. Ein weiterer Grundmeister für das Mitgliederliegen der Bautätigkeit ist die Abnahme der Mitgliederzahl in den Städten. Köln hatte im dritten Quartal 1907 gegenüber dem dritten Quartal 1906 einen Rückgang an Mitgliedern von 380, Düsseldorf von 165, obwohl in beiden Bezirken die Organisation in sich gefestigt war als 1906. Im Bericht des Gaues Dortmund wird weiter schon darauf hingewiesen, daß das rheinisch-westfälische Biegeland einen bedeutend geringeren Abschlag im Jahre 1907 gegenüber dem Jahre 1906 zu verzeichnen hatte. Nur in den Landorten des oberbergischen Bezirks war eine gute Bautätigkeit vorhanden, hervorgerufen durch die Ausführung einer Anzahl von öffentlichen und industriellen Anlagen. Am Oberberg war das ganze Jahr sehr geringe Bautätigkeit, desgleichen in den linsenförmigen Orten Düren und Neuß. Auch im Aachen-Berger Bezirk war wenig Arbeitsgelegenheit, trotz des siebzehnjährigen Streiks und des fast vollständigen Rückgangs der Bautätigkeit war von besserer Arbeitsgelegenheit noch Beendigung des Kampfes wenig zu spüren. Im Niederrhein, in den Orten M. Gladbach, Auel, Düsseldorf und Bierlen wurde das ganze Jahr hindurch nur wenig gebaut, im Erkeler Bezirk hingegen die im Anfang des Jahres sehr schlechte Konjunktur in Hochsommer etwas, und unsere Kollegen glauben den Zeitpunkt für die Durchführung ihrer Forderung für gekommen. Leider war das Aufblühen nur von kurzer Dauer; es ist möglich, daß auch durch den Streik die Baulust wieder verloren ging. Die Forderung konnte unter diesen Umständen nicht durchgedrückt werden. Für das Jahr 1908 sind die Aussichten jedoch bedeutend besser. Wenn auch augenblicklich die Bautätigkeit noch vollständig danielserliegt, so nehmen sich die Angeichen, die auf eine bessere Konjunktur hinweisen, doch in den größeren Städten viele staatliche und kommunale Arbeiten zum Teil bereits in Angriff genommen oder werden in nächster Zeit begonnen, dann aber droht auch die immer schwächer werdende Wohnungsnot zur Entwicklung der privaten Bautätigkeit. Wenn nicht die reiche Einsparung am Goldmarkt noch läßt, dann auf das Geschäft einwirkt, dann hätten wir heute schon eine gute Konjunktur. Diese Goldsalami wird aber nicht mehr von langer Dauer sein, und auch in Unternehmenskreisen rechnet man bestimmt damit, daß sich im Hochsommer und Herbst das Geschäft bedeutend hebend wird. Immerhin werden wir noch einige Monate schlechte Arbeitsgelegenheit haben.

Der allgemeine schlechte Geschäftsgang blieb auch, wie oben schon erwähnt, auf die Entwicklung der Organisation nicht ohne Einfluß. Wohl haben wir im Jahr durchschnitt einige hundert Mitglieder mehr als im Jahre 1906, auch der Markenverlauf stieg entsprechend, aber die Zunahme ist doch im Verhältnis zu der reichen Agitationssarbeit, die von der Organisation geleistet wurde, recht gering. In den Hauptbezirken Köln und Düsseldorf trat sogar ein bedeutender Rückgang der Mitgliederzahl ein. Die Mitgliederzahl im Jahr betrug im Jahresdurchschnitt: 1901: 114, 1902: 1853, 1903: 3191, 1904: 4189, 1905: 4345, 1906: 5681 und im Weichsjahr 5979. Die Zahl der Zweigvereine beträgt 15, die der Bahnhöfen 83, die Zahl der Orte, wo die Organisation vertreten ist, ist von 50 im Jahre 1902 auf 187 gestiegen.

Der Zweigverein Velbert ist dem Zweigverein Barmen-Eberfeld angegliedert worden. Hierdurch konnte in diesem Gebiet eine stabile Agitation entstehen, die auch gute Früchte getragen hat. Die Zahl der Bahnhöfe hat sich um 17 vermehrt. Besonders das Wupperthal hat sich in vergangenen Jahren gut entwickelt, es hat den Ausfall von Köln und Düsseldorf wieder wett gemacht.

Am Schluß des Jahres 1906 waren 5591 Mitglieder vorhanden. Aufgenommen wurden im Jahre 1907 2627 Mitglieder, zugerechnet sind 1896, abgerechnet 10114; abgerechnet sind 348, wegen Schulden gestrichen 255, geflossen 29, ausgeschieden 232, zum Militär eingezogen 84, ausgeschlossen 23, als verschollen angegeben 148, zusammen 4276. Es mußten demnach am Jahresende 5238 Mitglieder vorhanden sein. In Wirklichkeit sind nur 5269 gemeldet, es fehlen mittlerweile. Aber die neuen Angaben gemacht wurden. Trotz immerwährender Ernährungen ist es bis heute noch nicht gelungen, eine genauere Kontrolle über die Mitgliederbewegung zu bekommen. Einerseits sind die Kollegen noch sehr nachlässig in An- und Abmelden, andererseits muß aber auch ausgeschlossen werden, daß die Zweigvereins- und Bahnhöfstellenvorstände nicht überall genügend engagiert in der Aufzeichnung der Zu- und Abnahme der Mitglieder sind; es fehlt da bei manchen an dem guten Willen. Der Markenverlauf steigerte sich im ganzen von 205 483 auf 216 173, pro Kopf von 36,10 auf 36,15.

Der Extrabetrag ist in einigen Zweigvereinen sehr gut, in einigen anderen lediglich, in verschiedenen, besonders in den ländlichen Bezirken, sehr schlecht bezahlt. Unserer Aufstellung nach würden wir bei einer allgemeinen Beitrags erhöhung besser gefahren sein. Die Zeit, in der die Extrabeträge erhoben wurden, ist für die Organisation verloren gegangen. In den meisten Vereinen hat man große Aufklärungsarbeit leisten müssen, um die vorhandenen Mitglieder zu erhalten; in einigen Vereinen ist dies nicht einmal möglich gewesen. An die Gewinnung neuer Mitglieder wurde unter diesen Umständen nicht mehr gedacht.

An Versammlungen wurden 109 öffentliche und 766 Mitgliederversammlungen abgehalten. Bei der Haushaltung im Frühjahr wurde das vom Hauptvorstand herausgegebene Flugblatt in rund 10 000 Exemplaren verbreitet. Die Vorbereitungen hierzu ließen in verschiedenen Vereinen wieder viel zu münchens übrig. Die Beobachtung macht man regelmäßig: die größten Schwächen in den Verhandlungen und in den Kneipen sind für die Kleinarbeit am wenigsten zu haben. Es ist ja auch leicht, über den Vorstand herzuholen, als anderen, unorganisierten Kollegen die Notwendigkeit der Arbeitgeberbewegung klarzumachen. Vom Gauvorstand ist dann noch für verschiedene Gebiete ein besonderes Flugblatt herausgegeben worden. Biesenlegerorganisationen haben wie jetzt in Köln, Barmen-Eberfeld, M. Gladbach, Greifswald und neuerdings auch in Düsseldorf. Die Beamtenarbeiter gehören in Düsseldorf, Barmen-Eberfeld und Aachen unserem Verbande an, während sie in Köln noch dem Bauhülfearbeiterverbande angegeschlossen sind.

Lohnbewegungen hatten wir 14, woraus sich in 6 Fällen Streiks entwickelten; in einem Falle (Crefeld) beantragten die Unternehmer den Streik mit der Ausperrung. Von den

8 Bewegungen, die ohne Kampf erlebt wurden, endeten 2 mit vollem, 5 mit teilweise und 1 ohne Erfolg. Von den 6 Bewegungen, die durch Streik ausgesetzt wurden, endeten 2 mit vollem, 3 mit teilweise und 1 ohne Erfolg. Zusammen sind also von den 14 Bewegungen 4 mit vollem, 8 mit teilweise und 2 ohne Erfolg beendet worden. Die Bewegung erfreute sich auf Zweigvereine mit 40 Orten, wo 291 Unternehmer 1637 Gefallen beschäftigten. Von diesen Gefallen erzielten Lohn erhöhung: 382 Gefallen 2 A., 168 3 A., 227 4 A., 88 5 A., 512 7 A. und 41 Gefallen 10 A. pro Stunde. Zusammen erhielten also 1418 Gefallen eine Lohn erhöhung von durchschnittlich 4,66 A. pro Stunde.

Berfügung der Arbeitszeit hatten 868 Kollegen, und zwar: 393 um 2 Stunden wöchentlich, 41 um 3 Stunden wöchentlich und 434 um 4 Stunden wöchentlich.

Es wurden von uns 8 Verträge abgeschlossen, die Christlichen schlossen außerdem noch in Aachen, Bonn und M. Gladbach einen "Vertrag" ab, wonach wir jedoch nicht beteiligt sind. In dem Aachen-Berger Vertrag je nach der individuellen Leistungsfähigkeit des Arbeiters", für einen täglichen Arbeiter zwischen 43 und 47 A. "festgelegt"; er soll in den nächsten Jahren noch um einige Pfennige in allen Stufen steigen. In Bonn und M. Gladbach ist der Betrag festgelegt. In diesem Fall bestimmt. Solche Verträge schließen wir nicht ab; den "Ablauf", den diese "Erfolge" einbringen, überlassen wir lieber den Christlichen.

In diesem Jahre ist die Lohnbewegung wieder sehr umfangreich, fast sämtliche Vereine sind daran beteiligt; wie sie verlaufen wird, steht noch dahin. Unsere früheren Erfahrungen, die Verträge der Unternehmerorganisation haben sich als nur zu berücksichtigen erwiesen. Aber wir sehen der Zukunft ruhig entgegen; die Kollegenschaft ist auf alles vorbereitet und trotz der großen Arbeitslosigkeit ist der Zusammenschluß gut. Wenn in den nächsten Tagen, wo sich die Dinge entscheiden, die nötige Disziplin gewahrt und mit Ausübung aller Kraft an dem weiteren Ausbau der Organisation gearbeitet wird, dann möge die Entscheidung bringen, was sie will — wir sind auf dem Posten. Die Baugewaltigen müssen uns vielleicht im Augenblick viele Schwierigkeiten machen, dauernd werden sie den Ausflug der Bauarbeiterchaft zu besserer, menschenwürdiger Lebenshaltung nicht zurückziehen.

Zum Schlus die Abrechnung der Gaukasse:

G i n a h m e .

Kassenbestand vom vierten Quartal 1906.....	M. 1880,77
Vom Vorstand erhalten laut § 8 des Statuts.....	3288,48
Auslagen für Streifleitung zurück.....	237,88
Beiträge der Zweigvereine.....	1888,70
Zuschuß der Hauptkasse.....	446,70
Sonstige Einnahmen.....	20,—
Summa.....	M. 6661,95

A u s g a b e .

Gehalt des Vorstandes.....	M. 2160,—
Arbeitsvereinamts.....	605,98
Fahrgeld.....	1064,55
Daten.....	1284,56
Miete.....	306,—
Druckfragen.....	110,38
Post und Schreibmaterial.....	78,57
Sonstiges.....	636,20
Summa.....	M. 6246,21

A b s c h l u s .

Einnahme.....	M. 6661,95
Ausgabe.....	" 6246,21

W e s t a n d .. . M. 415,74

Ernst Muth, Vorsitzender. Heinr. Sturm, Kassierer.

G e r i c h t e .

Berichte über wichtige Versammlungsbefreiungs- und sonstige Vorkommen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Gau Bremen. (Konferenzbericht.) Am 14. und 15. März tagte im Bremer Vereinshaus die Konferenz für den Gau Bremen. Nach einer Begrüßungsrede des Gauvorstandes fanden wurde folgende Tagesordnung festgestellt: 1. Agitation- und Wünsche der Delegierten. 2. Tätigkeitsbericht des Gauvorstandes. 3. Lohnbewegung. 4. Allgemeine Anträge. 5. Vortrag über Bauarbeiterrecht. 6. Neuwahl des Gauvorstandes. In die Mandatsprüfungskommission wurden die Kollegen Sudermann-Osnabrück, Krug-Wilhelmsburg und Mann-Begegnet gewählt. Zu Vorsitzenden wurden bestimmt: Böddchen und Börgmann-Bremen, als Schriftführer Engel-Bremen und Staab-Ahlem, zur Führung der Niedersächsischen Kollegen. Eintritt in die Sitzung auf den 15., morgens 9½ Uhr, verlängert. Bei Beginn dieser Sitzung erstaunte die Mandatsprüfungskommission Bericht. Sie bedauert, daß die Wahlprotolle so miserabel ausgefüllt seien. Außerdem hatte ein Kollege sein Buch vergessen, und das Buch eines anderen Kollegen war nicht in Ordnung, es waren darin einige Extramarke durch Stempel ersetzt. Anwesend waren 12 Vertreter der Zweigvereine, Kolleg Efftinge vom Centralvorstand, Robert vom Gau Hamburg, Genossen Lantau als Vertreter der Bauarbeiter des Gaus Bremen, und erwartet wird der Sekretär der Centralkommission für Bauarbeiterrecht, Genossen Sehne. Sämtliche Mandate wurden der Gültig erklärt. Auf Anregung Börgmanns wurden der erste und zweite Punkt zusammengefaßt. Am 15. April wurde der Bericht des Gauvorstandes "Grundstein" d. 3. abgedruckten Jahresbericht, dem auch der Kassenbericht angefügt ist. Zu diesem Punkt

lagen folgende Anträge vor. Bremerhaven: Die Kosten der schriftlichen und mündlichen Agitation im Zweigvereinsgebiet hat der Gauvorstand zu tragen. Antrag Bachmann-Bremen: Bei Aufführung der Abrechnung sind die Diäten genau zu spezifizieren, damit daraus zu erschließen ist, welche Kollegen im Gau tätig sind und wie sie beschäftigt werden. Antrag Lingen: Die Agitation muss in den Orten Bentheim, Nordheim, Schüttorf, Meppen und Salzbergen besser betrieben werden. Begeundet wurden die Anträge durch die Vertreter der Zweigvereine, die die Anträge gestellt haben. Außerdem begründete Bachmann seinen Antrag, indem er ausführte, die Diäten hätten eine zu enormen Höhe erreicht und die Vertreter des Gaus könnten bei ihren Agitationstouren jetzt wohl vierter Klasse fahren, da in der dritten Klasse wohl keine Arbeiter anzutreffen seien, und es wäre doch auch nötig, auf den einzelnen Bahnstationen agitatorisch tätig zu sein. Kollege Brandt-Bremen fragte an, warum die Zweigvereine Sulingen und Vegia wieder eingegangen seien. Des weiteren beschwerte er sich, dass in Diepholz nicht die nötige Agitation betrieben werde. Die Diskussion war sehr rege. Der Kollege Seefeld-Bremervorstadt hatte bei der Begründung auf die "horrende" Lohnzulage im Bremervorstadt-Lohngebiet, die einen Pfennig pro Stunde beträgt, hingewiesen. Aber ihre Stellungnahme hierzu sei von "obenherunter" vereitelt worden durch das bekannte Bremen: Kollege Efttinge erklärte, die Befriedigung des Kollegen Seefeld sei nicht angebracht; auch im Zentralvorstand sei man der Ansicht, dass die Lohnzulage zu wenig sei, aber im Monat Februar könnte man nicht gegen die Unternehmung vorgehen. Es könnten dabei nicht drücklich, sondern nur Gesamtinteressen in Betracht kommen und von diesem Standpunkt hätten sie die Frage in Hamburg betrachtet. Kollege Höddesen ging zunächst auf die Monita ein, die seitens der Delegierten zur Sprache gebracht werden waren. Da im Bereich des Gaus in zwei Orten circa M 2000 unterschlagen seien, so wurde für die Zukunft auf die Revisionen des Gauvorstandes bedeutsam mehr Wert gelegt werden. Den Antrag des Kollegen Bachmann bewies er an die Revisorin, die diese am besten Auskunft darüber geben könnten; jedoch sei dies für heute wohl kaum möglich, da die Zusammenstellung nicht so leicht sei. Dem Kollegen Brandt gegenüber erklärte er, dass Sulingen und Vegia wegen Mangels an leitenden Personen nicht zu halten wären. Die Aufführung desselben Kollegen betrafte Diepholz, er für umso mehr; Kollege Brandt sei von seinem Geschäftsführer falsch unterrichtet, oder er wolle nur dem Gauvorstand eins auswischen. Engel war der Ansicht, dass die Diäten im Gau nicht zu hoch seien, aber es müsse aus deren Spezifizierung hergeleiten, welche Kollegen des Gauvorstandes an der Agitation beteiligt sind. Er glaube, dass es mit vereinigten Ausnahmen nur zwei Personen des Gauvorstandes seien, die agitatorisch tätig sind. Da sei es kein Wunder, dass Klagen über nicht genügende Agitation laut würden; einzelne Personen könnten die Arbeit im Gau nicht bewältigen, dazu sei er zu groß. Brandt gab auf die Anspielung des Kollegen Höddesen seinen Gewissensname bekannt, es sei der Vorsteiger des Zweigvereins der Zimmerer Bremervorstadt, und ging dann näher auf die Agitation im Münsterland ein. Seefeld erklärte, dass ihrem Geschäftsführer bei Einreichung des Bremervorstadts Antrages ein Vertrag unterlaufen sei, ihr Antrag sollte sich auf den ganzen Gau beziehen. Borgmann fasste, um die Diskussion zu fürzen, noch einmal alles zusammen und sagte, dass zur Anfrage des Kollegen Engel früh genug hätten Anträge gestellt werden können. Peterken-Dönnabridt unterstrich die Ausführungen Brandlers. Kollege Höddesen ging ebenfalls noch einmal darauf ein und erklärte, dass er sich schon mit dem Vertreter der Bauarbeiter in Verbindung gebracht habe und dass die Agitation in nächster Zeit im Münsterland beginnen würde. Kollege Berg erklärte, dass sämtliche Mitglieder der Gauverwaltung an der Agitation beteiligt gewesen wären. Kollege Graumann als Revisor erklärte, die Diäten geprüft und alles in Ordnung gefunden zu haben. Kollege Woida ging auf den Antrag Bremervorstadt ein, was darin gefordert wird, geschäftsrechtlich schon jetzt. Hierauf wurden die Anträge Bachmann und Lingen mit dem Zusatz: „in bedrängten Orten ist die Agitation zu erhöhen“ angenommen. Der Antrag Bremervorstadt wird, weil schon so gehandelt werde, wie darin verlangt wird, als erledigt betrachtet. Den dritten Punkt der Tagesordnung, Lohnbewegung, behandelte Kollege Efttinge in einem für die Teilnehmer sehr reizhaften Vortrage. Die Diskussion hielt sich denn auch im Rahmen des Vortrages. Borgmann schloss nach längeren Ausführungen damit, dass früher mit dem Herzen gekämpft wurde, heute aber der Verstand gebraucht werden müsse. Höddesen ging näher auf die Lohnbewegungen im Gau Bremen ein; es seien derzeit 26. Die Verhandlungen in Barel und der Kampf, der seit dem 1. Oktober v. J. in Norderney geführt wird, gaben ja recht ein Spiegelbild des Ernstes der Kämpfe, überall leichte und den sogenannte Mußtarif entgegengestellt. Brandt war (natürlich) der Ansicht, dass unsere Partei vertreten sei. Wir hätten uns nicht in die Defensive drängen lassen dürfen. Außerdem dürften unter Mitwirkung des Zentralvorstandes nicht nur Tarife um des Tarife willen abgeschlossen werden, sondern es müsse darauf bei einem Abschluss Bedacht genommen werden, die Verhältnisse der Kollegen günstiger zu gestalten. Es käme hierbei nicht immer auf eine Lohnnerhöhung an. Efttinge gab zu, dass niemand fehlbereit sei, und so könne auch der Zentralvorstand irren. Aber diesmal sei wohl die Ansicht des Kollegen Brandt irrig. Er wies auf die Offensive der Berliner Kollegen im vorigen Jahre hin und meinte, dass die Unternehmer jetzt nicht so brutal vorgingen würden, wenn der Berliner Kampf im vorigen Jahre nicht so unglücklich verlaufen wäre. In der Zeit der Krise sollten wir überhaupt nicht angreifen, sondern unsere Positionen zu halten ver suchen. Er empfahl folgende Resolution, die auch einstimmig angenommen wurde: „Wir allen uns zu Gebote stehenden Mitteln ist den Blättern der Unternehmer entgegen zu wirken. Jedem sonstigen Versuch der Unternehmer, unsere Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, ist entgegen zu treten. Angribsbewegungen sind zurückzuhalten und nur in vollen

Einverständnis mit der Verbands- und Gauleitung zu beginnen.“ In dieser Konfliktszeit ist strenge Disziplin zu üben und den taktischen Maßnahmen der Leitung unserer Organisation unbedingt Folge zu leisten.“

In der Nachmittagsession beschränkte man sich zunächst mit den allgemeinen Anträgen. Delmenhorst beantragte: Für 100 Mitglieder einen, für 300 zwei und für jedes weitere volle Hundert je einen Delegierten mehr für die Gauversammlung zu wählen. Zu § 9 Abs. 2 des Gauregulatums: Sind mit den Gauausgaben Reisen verbunden, dann wird außer Erfasst an entgangenen Arbeitsverlust resp. Beamtengehalt, Fahrgeld viertler Klasse verfügt. In besonderen Fällen kann auch dritter oder zweite Klasse benutzt werden. Außerdem werden Diäten gewährt wie bisher. Sudermann-Delmenhorst begründete diese Anträge, die aber, nachdem Borgmann dagegen gesprochen hatte, beide abgelehnt wurden. Tolle-Nordenham beantragte, der Gau möge in Zukunft mehr Vorträge über die Auffordarbeit halten lassen. Zur Begründung führte er an, dass jetzt die Kollegen von Wilhelmshaven und Bremervorstadt die in Nordenham durch Übernahme von Auffordarbeit förderten. In der Diskussion wiesen Höddesen und Krug-Wilhelmshaven den Vorwurf des Kollegs Tolle weit zurück. Borgmann betonte, dass die Auffordarbeit schon seit Befehl des Verbandsbeauftragten bekämpft werde. Man sollte die Broschüre über die Auffordarbeit studieren und die leichtere durch möglichst hohe Preise erschweren. Gang verbieten lasse sich diesbezüglich nicht. Seefeld sprach sich im Sinne des Vorredners aus; die Kollegen in Bremervorstadt seien durch Heranziehung von Statuten gezwungen worden, Auffordarbeit zu verüben. Hierauf wurde mit dem Hinweis auf die Verhandlungen des letzten Verbandsstages in dieser Frage der Antrag abgelehnt. Der Gauvorstand beantragte: Den Zweigvereinen Norderney, Ditzum und Sulingen sind, da sie keine Mittel haben, die Kosten der Delegation zum Gaukongress aus der Gaukasse zu ersehen. Dies wird ohne Abdruckserlaubnis angenommen. Hierauf hält Genoße Heinrich einen Vortrag über „Bauarbeiterabschüttung“. Der Redner erntete für seinen instruktiv gehaltenen Vortrag reichen Beifall. Zu der Diskussion empfahl Borgmann, überall dort, wo noch keine Bauarbeiterabschüttungskommission bestehen, wenigstens Überwachungskomitees zu wählen. Bei einer recht lebhaften Debatte gab hierauf noch der letzte Punkt der Tagesordnung Anklang. Von einigen Seiten, nämlich dem Zweigverein Bremervorstadt und den Delegierten Engel und Brandt (Bremervorstadt) wurde einer Wiederwahl des Kollegen Höddesen widersprochen. Die Neuwahl ergab dann folgendes Resultat: Als Gauvorstehender wurde Kollege Höddesen gegen 6 Stimmen wieder gewählt, als Kassierer Kollege Fuhrmann, als Beißiger die Kollegen Berg, Woida und Engelmann, als Revisorin die Kollegen Lehmann, Graumann und Fröhling. Nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Borgmann wurde, da die Tagesordnung erschöpft war, die Konferenz um 5½ Uhr durch diesen geschlossen. Albert Engel.

Ahrendsbök. Hier und in der Umgegend haben wir jetzt und auch noch den ganzen Sommer hindurch eine sehr gute Bauarbeiterkultur. Doch wir aber ja definitiv im allgemeinen nach einer sehr flauen Bauarbeiterkultur haben, ist auch selbstverständlich der Zugang sehr stark. Dieses Angebot von Arbeitsschäften nimmt nun der Unternehmer Paul Bittner, der die meiste Arbeit in hiesiger Gegend hat, in gehörigem Maße auf, ähnlich so, wie er es schon vor Jahren im Offiziers-Haftrug machte. In dieser Zeit hat Bittner schon 25 fremde Kollegen auf die Straße geworfen. Vor einigen Tagen hat er erstmals sieben Kollegen entlassen, wahrscheinlich weil sie wegen Regen eine halbe Stunde in der Bude gesessen hatten. Er ließ diesen Tag gar nicht mehr arbeiten. Dann fragten die Kollegen, ob sie am anderen Morgen wieder anfangen könnten; darauf wurde erwidert, sie könnten wieder anfangen, wenn das Wetter gut wäre. Die Kollegen kamen dann nicht ahnend zur Arbeit; statt aber die Kelle in die Hand nehmen zu können, wurde ihnen Fremdtelefon und Geld in die Hand gegeben. So nutzt der Unternehmer Bittner die allgemeine schlechte Lage im Bauarbeiterkreis aus. In dieser Zeit braucht man nur einen falschen Griff oder einen schiefen Blick zu tun; und man muss gewarnt sein, auf die Straße zu steigen. Da hier auch keine Auffindung ist, steht es dem Unternehmer ja allerdings frei, einzustellen und zu entlassen, sobald er will.

Berlin. Die Sektion der Gips- und Cementbranche hielt am 17. März im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Generalversammlung ab, in der der Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1907 gegeben wurde. Kollege Hartje berichtete. Der gedruckte Geschäftsbericht war den Mitgliedern schon vor der Versammlung zugestellt worden. Das Jahr 1907 war auch für die Sektion der Gips- und Cementbranche ein Jahr des Kampfes, obwohl wir mit den Unternehmern unserer Branche eine Lohnbewegung nicht hatten. Durch die geringere Bautätigkeit hatten wir eine ziemlich große Arbeitslosigkeit. In den Monaten Oktober und November, die sonst die Zeit der Hochaisonjunktur waren, waren circa 40 pfl. der gesamten Berufsschichten ohne Beschäftigung; erst am Ende des Jahres war die Arbeitsgelegenheit wieder besser. Bald nach Beendigung der Reichstagssitzungen wurde im Zweigverein Berlin eine statistische Aufnahme vorgenommen, um festzustellen, wieviel Mitglieder Leiter des „Vorwärts“ und politisch organisiert sind. Von unserer Sektion haben 1907 1522 Kollegen = 7849 pfl. waren auf einer Zeitung abonniert, 417 Kollegen = 21,51 pfl. lesen keine Zeitung, 1141 = 58,85 pfl. lesen den „Vorwärts“ und 381 = 19,65 pfl. andere Zeitungen. 682 Mitglieder = 35,17 pfl. gehören dem Wahlverein an, 1257 = 64,83 pfl. sind politisch nicht organisiert. In dem Bericht dieser Aufnahme können die Kollegen ersehen, dass auf diesem Gebiete für uns noch viel zu tun ist. Durch die am 22. Mai 1907 erfolgte Aussperrung im Berliner Baugewerbe wurden unsere Kollegen stark in Mitleidenschaft gezogen. In einer am 30. Mai abgehaltenen Generalversammlung nahm die Sektion dazu Stellung und beschloss, alle während der Dauer der Aussperrung oder Lohnbewegung arbeitslos werdenden Kollegen zu unterstützen. Auf Grund unseres Tarifvertrages konnten wir nicht aktiv in den Kampf ein-

greifen, sondern mussten uns damit begnügen, den Streitenden Solidarität zu wahren und jede Streitarbeit zu verweigern. Das Verzeichnis der Streitenden wurden 1500 Kollegen eingetragen, wovon 1198 verheiratet waren, die 100 Kinder unter 14 Jahren hatten. Das gesamt entfallen auf die Sektion 37 845 Streitstage mit einem Lohnausfall von M 245 992,50. Die Unlohn der Lohnbewegung betrugen M 107 505,90. Hieron sind durch Streitbeiträge, die in Arbeit stehenden Mitglieder M 30 899,10 aufgebracht, M 72 609,30 fließen aus der Hauptkasse und M 4197,50 sind aus Mitteln der Lokalkasse verwendet worden. Während des Kampfes im Baugewerbe sonderte sich eine Anzahl Mitglieder aus der Cementbranche ab, um die beschlossenen Streitbeiträge nicht zu bezahlen, und gründete einen neuen Verein. Mehrere Kollegen haben bereits ihren Vertrag, den sie zur Zeit begangen haben, eingesehen und haben sich bei uns wieder angesiedelt; vom Hauptvorstand sind den Kollegen die bezahlten Beitragte in dem neuen Verein unter der Bedingung angetreten, dass sie die bestehenden Streit- und Extrabeiträge naduzen. Von der Freien Vereinigung der Maurer sind die Rabipräger in unsere Sektion übergetreten. An dem Vertragsverhältnis mit dem Berliner Beton-Verein wurde nichts geändert; da seine Partei den Vertrag kündigte, gilt er nach seinem S 12 auf ein Jahr verlängert, und zwar bis zum 30. September 1908. Um festzustellen, wieviel Kollegen zur Zeit in unserer Branche arbeiten, wieviel organisiert sind und wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden, sind im Berichtsjahr zwei Bautenkontrollen ausgeführt worden. Bei der Kontrolle am 15. August wurden 372 Bauten mit 2088 dafür beschäftigten Kollegen aufgefunden. Am Tage der Kontrolle meldeten sich arbeitslos 292 Kollegen, circa 60 waren trans. jo dah im ganzen 3332 Kollegen festgestellt wurden. Von den 3332 Kollegen waren 2644 organisiert und 688 gehörten keiner Organisation an. Die Tarifabschluskommission hielt zwei Sitzungen ab, ihre Untersuchung war in 5 Fällen auf den Bauten tätig, um Differenzen zu erledigen. Ein Fall, der die Kommission und später auch das Einigungsamt des Gewerberats beschäftigte, betraf die Sperrre über die Steindeckenfirma „Rohlmühle“, die Mitglied des Berliner Beton-Vereins ist. Unsere Kollegen hatten die Arbeit bei der betreffenden Firma eingestellt, um sie zur Anerkennung der Fortbewegungen der Maurer und Bauarbeiter zu veranlassen. Der Berliner Beton-Verein betrachtete die Sperrre über die Firma als nicht gerechtfertigt und verlangte unverzüglich deren Aufhebung. Von unserer Seite wurde dem entsprechenden Geschäftsführer der Börsen von Steindecken als Maurerarbeiter zu betrachten sei. Da beide Parteien auf ihrem Standpunkt verharrten, so konnte eine Einigung in der Schlichtungskommission nicht erzielt werden. Hierauf füllte das Einigungsamt nach zwei Sitzungen folgenden Schiedsspruch: „Die Steindeckenbaugesellschaft sind Spezialabgeschräfte, und die von ihnen ausgeführten Arbeiten fallen unter die Arbeiten, die in dem Vertrag enthalten sind, der zwischen dem Berliner Beton-Verein und der Sektion der Gips- und Cementbranche abgeschlossen ist. In diesem Vertrag fehlt allerdings eine spezielle Vergütung der betreffenden Arbeitertypen; es wird deshalb den Parteien aufgegeben, eine solche zu vereinbaren und in den Vertrag hinzufügen.“ Dieser Schiedsspruch wurde vom Berliner Beton-Verein angenommen, von der Sektion dagegen abgelehnt, da seine Annahme eine Verstärkung der Sperrre in der Steindeckenbranche bedeutet hätte. Eine Geschäftssperre wurde über die Firma Rudolf Thiele, Teimpelhof, verhängt, weil die Firma die Vertragsbestimmungen nicht einhielt. Nach lebenslanger Sperrre mußten wir sie aufheben, da die drei Gebrüder August, Wilhelm und Karl Teste arbeitswillig wurden und die dringendsten Arbeiten in Altford fertigstellten. Beteiligt waren an der Sperrre 10 Kollegen, die Unlohn betragen M 258,15. Durch die Aussperrung der Holzarbeiter am Anfang des Jahres wurden 10 Kollegen unserer Sektion in Mitleidenschaft gezogen, wodurch der Sektion S 42,15 Unlohn entstanden. Zwecks Regelung der Verbandsabgeschräfte sowie zur Agitation fanden im Geschäftsjahr 9 Genera., 19 Gruppen- und 66 Bezirksveranstaltungen statt. Im Oktober wurden 5 Agitationsveranstaltungen für die verschiedenen Gruppen abgehalten. In 31 Versammlungen wurden belebende Vorträge gehalten. Die Generalversammlungen waren durchweg gut besucht, die anderen Versammlungen nicht. Die inneren Arbeiten der Sektion sind in 18 Vorstandssitzungen, 5 Oberleute und 61 Bezirksversammlungen erledigt. In seinem Schlusswort beschrieb der Kollege Hartje kurz die augenblickliche Situation im Baugewerbe und legte es allen Kollegen dringend ans Herz, mit ganzer Kraft für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation zu agitieren. Ebenso müssten alle eventuell von den Unternehmern verhüten Lohnabreduzierungen sofort zurückgewiesen werden; jeder derartige Fall sei sofort der Organisationsleitung zu melden. Hierauf gab der Kollege Hartje den Kassenbericht. Die Einnahme betrug im 4. Quartal 1907 einschließlich des alten Bestandes von M 14 672,39 = 21 220,09, die Ausgabe M 14 621,35, bleibt ein Bestand von M 14 598,74. Für Streitbeiträge sind im 4. Quartal M 1780,80 eingesetzt. Die Jahreseinnahme betrug, einflussive M 16 723,48 Bestand vom Jahre 1906 M 81 888,47, die Ausgabe M 87 239,73. Der Lohnausfall verbleibt am Jahresende ein Bestand von M 14 598,74. Von den Einnahmen haben wir herbor: für 7882 Extraarbeitsträger an 60 S. M 4429,20, für 1148 = 50 S. M 574. Außerdem sind 1163 Arbeitslosen-Extraarbeiter ausgegeben worden. An den Zweigverein klassifiziert sind 256 Mitglieder der Betriebsgruppe der Rabipräger 688, hierzu gehören zur Gruppe der Rabipräger 392, Bemitter 285, Einhalter 332, Träger 182 und Hülfearbeiter 268 Mitglieder. 16 Kollegen sind im Laufe des Jahres verstorben, deren Antreten man in der üblichen Weise erbt. Im Arbeitsnachweis der Sektion waren als arbeitslos eingetragen 8706 Kollegen, von denen haben sich 1793 durch Umzüge selbst Arbeit gefunden. 1908 Kollegen wurde Arbeit durch den Nachweis vermittelt, darunter waren 358 Bucher, 350 Spanner, 152 Träger, 182 Bemitter, 336 Einhalter und 330 Hülfearbeiter. Am Schluss des Jahres waren als arbeitslos eingetragen 34 Kollegen. In den Bericht des Vorstandes knüpft sich

eine rege Diskussion. Es wurde von mehreren Kollegen bedauert, daß der Aindifferentismus unter den Betonierern und vornehmlich bei den Hützarbeitern der Gementbranche in der letzten Zeit immer mehr um sich greife, weil wir die Hützarbeiter nicht mehr in unserer Sektion aufnehmen. Diese Trennung so eng ineinander gesetzender Gruppen von Arbeitern in zwei Organisationen muß unbedingt bald beseitigt werden, wenn wir nicht jeden Einfluß in der Betonierbranche verlieren und die so schwer erkrankten Löhne wieder zurücksetzen wollen. Weiter wurde angeregt, die Kollegen, die der Sektion noch Geld schulden und ihren Verpflichtungen nicht pünktlich nachkommen, seitens des Vorstandes härter anzufassen. Der Gesamtvorstand wurde dann einstimmig entlastet. Weiter wurde ein Antrag der Betonierer angenommen, dem Hützler ein Mansaged von 400 und den Hützler 0,1 Pkt. der Einnahme an ordentlichen Beiträgen und 0,2 Pkt. der Einnahme an Streikbeiträgen zu gewähren. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: "Neuwahl der im Bureau tätigen Kollegen", unterbreite der Sektionsvorstand der Versammlung die Frage, ob bei der Mitgliederzahl von 2042 noch weiter zwei Kollegen angefechtet bleiben sollen. Die Versammlung beschloß nach längerer Diskussion gegen wenige Stimmen, weiter zwei Kollegen zu beflocken. Wiedergewählt wurde in geheimer Wahl als Vorsitzender der Kollege Hesse mit 290 gegen 22 Stimmen, die auf den Kollegen Dr. Sasse fielen. Zum Kassierer wurde der Kollege Dörfel mit 273 Stimmen gewählt, 16 Stimmettel wurden weiß abgegeben, und 8 Stimmen waren zerstreut. Unter "Beschiedenes" wurde ein Antrag angenommen, wonach in Zukunft die jeweiligen Vorstandsmitglieder der Sektion, und zwar der Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer, Vollmacht haben, die festgelegten Gelder auf der Teilnehmer Kreispartasse abzubeben. Nachdem dann noch die Wahl des Zweigvereinsvorstandes vorgenommen worden war, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Darmstadt. Die Mitglieder des hiesigen Zweigvereins nahmen am 30. März in einer von mehr als 500 Kollegen besuchten Versammlung Stellung zu den mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen. Kollege Dörl, der an sämtlichen Verhandlungen in Frankfurt a. M. teilgenommen hatte, referierte in eingehender Weise über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe; mit besonderer Berücksichtigung der Zustände in unserem Gau. Er betonte, daß sich der ganze Verhandlungsbeitrag in allen seinen Erwähnungen von dem Geschäftspunkte leiten sei, daß die jetzt am Orte herrschende Arbeitslosigkeit hin und herumahnte die Kollegen, jetzt mehr denn je für den Verband zu agitieren und den Unternehmern etwas mehr Rücksicht zu zeigen. Nach einem unbewältigten Mitteilungen erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Königsbrücke. Am 28. März tagte der Zweigverein.

Die Mitglieder des hiesigen Zweigvereins nahmen am 30. März im "Schützenhof" tagende Mitgliederversammlung des Zweigvereins Darmstadt erläuterte sich mit der Stellungnahme des Verhandlungsbeirats in der Lohnfrage und mit den weiteren Vorschlägen zu ihrer Durchführung im Gebiete des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes vollkommen einverstanden. Die Versammlung beschloß ferner ausdrücklich, daß an folgenden Gründagen bei den weiteren Verhandlungen unter allen Umständen festzuhalten ist: 1. Ein zweijähriger Vertrag kann nur abgeschlossen werden und die Zustimmung der Mitglieder erhalten, wenn im zweiten Vertragsjahr eine allgemeine Lohn erhöhung erfolgt. 2. Glauben die Unternehmer, heute darauf nicht eingehen zu können, weil die Lage des Gewerbes für 1909 noch nicht zu übersehen ist, dann ist auf den vorgeschlagenen Grundlage nur ein einjähriger Vertrag abzuschließen. In der stürmischen Diskussion, an der sich 16 Kollegen beteiligten, gaben sämtliche Redner ihrem Unwillen über das ablehnende Verhalten der Unternehmer Ausdruck. Die hierauf vorgenommene geheime Abstimmung ergab unter stürmischen Bravorufen die Ablehnung der Resolution. Im allgemeinen wird man sagen können, daß der Geist der Versammlung gut war. Ausgestroten muß aber leider werden, daß sich einzelne Redner hinzusetzen ließen, in ziemlich gehässiger Weise die Führer persönlich anzugeissen, was im Interesse unserer Sache sehr zu bedauern ist. Nachdem Kollege Hüttmann nochmals in längeren Ausführungen den Kollegen die Situation vor Augen geführt und sie ermahnt hatte, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, rief der Vorsitzende, Kollege Schiller, die bedeutungsvolle Versammlung.

Ebstorf. Am 29. März tagte im Fischerschen Gasthofe unsere Mitgliederversammlung. Es war die erste Versammlung, die wieder einmal sehr gut besucht war. Seit langer Zeit nutzten unsere Verhandlungen durch die Lauberei und Gleichgültigkeit der Kollegen ausfallen. Deshalb konnte auch erst in dieser Versammlung der Vorstand gewählt werden. Der alte Vorstand wurde, außer den Reisefees, die neu gewählt wurden, wieder gewählt. Um den Kollegen die Beitragssatzung zu erleichtern, wurde der Kollege Albert Wöltje zum Hützler und Verbreiter des "Grundstein" gewählt. In "Beschiedenes" sprach der Kollege Hildebrandt aus Neuen über: "Die Lage im Baugewerbe und die Pläne des Arbeitgeberverbandes". Die Ausführungen wurden von den Kollegen gut aufgenommen. Redner erinnerte jeden an seine Pflicht, den leichten Maurer im Zweigvereinsgebiet in den Verband hineinzutragen.

Kempten. In der Sonnabend, den 28. März, abgehaltenen allgemeinen Maurerversammlung referierte Kollege Städler, Bauassessor aus München, über die Ausperrungsgesetze des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Er erklärte das Gebaren der Unternehmer und fand dann auf die jetzige Krise und die Stodungen im Baugewerbe Bayerns zu sprechen; er wies besonders darauf hin, wie es die Unternehmer verheben, diese Krise und die Stodungen für sich auszunutzen und den Organisationen ins Auszuhilfshilf. Ferner wies er darauf hin, wie der Arbeiter als eigentlicher Schöpfer der Werte sich in den

meisten Fällen in Sorge, Not und Elend befindet, während auf der anderen Seite Wohlstand und Überfluss zu verzeichnen ist. Ebenso besprach Redner die Schikanen der Polizei, denen die Kollegen bei Streiks und Aussperrungen ausgesetzt sind. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die sich den Ausführungen des Referenten anschlossen. Nachdem der Referent in seinem Schlußwort zur regen Agitation und zum Abonnement auf die Arbeitsergebnisse ermahnt hatte, konnte die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Kiel. Am 1. April hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Bei Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der beiden Kollegen Dr. Beth und Dr. Friedrichsen von der Versammlung durch Erbitten von den Blättern geehrt. Sodann wurde beschlossen, dass diesjährige Stiftungsfest wie alljährlich, in der üblichen Weise und im früheren Versammlungsort "Englischer Garten" zu veranstalten; eine dreigliedrige Kommission soll das Fest vorbereiten. Weiter lag ein Antrag der Sektion der Hützler vor, der den Ausschluß der beiden Kollegen Dr. und Sch. und eine andere Bestrafung für die Kollegen Dr. und Dr. forderte. Die Kollegen haben, obgleich hier Arbeitsmangel ist, bei einem anderen Geschäftsinhaber mehrere Schichten und Überstunden, einer sogar bis nachts 12 Uhr gearbeitet. Dieses Verhalten wurde in einer längeren Diskussion von der Versammlung sehr scharf verurteilt. Der Antrag auf Ausschluß wurde zurückgesogen, dagegen sollen die ersten beiden Kollegen von dem mehr verdienten Gelde je 40 und die letzteren beiden je 40 an den Zweigverein abliefern. Wenn sie dieses bis Sonntag, den 5. April, nicht getan haben, dann sollen sie als ausgeschlossen betrachtet werden. Außerdem erhielten die Kollegen hierauf, dass sie weiter ausgedehnt hat, zwei neue "Grundstein"-berreiter gewählt. In einem kurzen Schlußwort wies der Vorsitzende auf die jetzt am Orte herrschende Arbeitslosigkeit hin und ermahnte die Kollegen, jetzt mehr denn je für den Verband zu agitieren und den Unternehmern etwas mehr Rücksicht zu zeigen. Nach einigen unbewältigten Mitteilungen erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Königsbrücke. Den Kollegen, die nach Königsbrücke zur Arbeit kommen, wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß die Sprechfunden des Zweigvereinsvorstandes jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags stattfinden; die Vorstandssitzungen finden jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats im Gewerkschaftsstadlo statt. Das Hützlerfest ist für die Haltung der Arbeiter maßgebend sein müsse. Man müsse geeignete Maßnahmen ergreifen, um in der gegebenen schwierigen Situation etwas für unsere Kollegen herauszufinden. Die Bemühungen des Verhandlungsbeirats, auch in bezug auf Lohn und Arbeitszeit mit den Unternehmern eine die Arbeiterschaft befriedigende Einigung herzustellen, seien immer an dem starken Stein der Unternehmer gescheitert. Kollege Dörl vertrüdtet, daß, wenn auch die Unternehmer an der letzten Vermittlungsvorstand der Arbeiter vom 16. März in Frankfurt a. M. nicht eingingen, doch durch die Entwicklung in Berlin eine Möglichkeit geschaffen sei, eine Einigung zu finden zu bringen. Er empfahl noch folgende Resolution: "Die am 30. März im "Schützenhof" tagende Mitgliederversammlung des Zweigvereins Darmstadt erläuterte sich mit der Stellungnahme des Verhandlungsbeirats in der Lohnfrage und mit den weiteren Vorschlägen zu ihrer Durchführung im Gebiete des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes vollkommen einverstanden. Die Versammlung beschließt ferner ausdrücklich, daß an folgenden Gründagen bei den weiteren Verhandlungen unter allen Umständen festzuhalten ist: 1. Ein zweijähriger Vertrag kann nur abgeschlossen werden und die Zustimmung der Mitglieder erhalten, wenn im zweiten Vertragsjahr eine allgemeine Lohn erhöhung erfolgt. 2. Glauben die Unternehmer, heute darauf nicht eingehen zu können, weil die Lage des Gewerbes für 1909 noch nicht zu übersehen ist, dann ist auf den vorgeschlagenen Grundlage nur ein einjähriger Vertrag abzuschließen." In der stürmischen Diskussion, an der sich 16 Kollegen beteiligten, gaben sämtliche Redner ihrem Unwillen über das ablehnende Verhalten der Unternehmer Ausdruck. Die hierauf vorgenommene geheime Abstimmung ergab unter stürmischen Bravorufen die Ablehnung der Resolution. Im allgemeinen wird man sagen können, daß der Geist der Versammlung gut war. Ausgestroten muß aber leider werden, daß sich einzelne Redner hinzusetzen ließen, in ziemlich gehässiger Weise die Führer persönlich anzugeissen, was im Interesse unserer Sache sehr zu bedauern ist. Nachdem Kollege Hüttmann nochmals in längeren Ausführungen den Kollegen die Situation vor Augen geführt und sie ermahnt hatte, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, rief der Vorsitzende, Kollege Schiller, die bedeutungsvolle Versammlung.

Lüneburg. Das die Seiten, wo die Bautechnikurst nicht soviel zu nennen ist, für die Arbeiter immer etwas Nachteiliges bringen, ist hingänglich bekannt. Nur wird in den meisten Fällen dieses von den Beteiligten selbst nicht beachtet. So auch hier. Wie es scheint, halten die meisten Unternehmer die Zeit für gekommen, unserer Gewerkschaft einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Am 17. März hatte der Vorstand der Baugewerbeinnung sämtliche Poliere nach Lindemanns Restaurant durch ein Handschreiben eingeladen zwecks Gründung eines Poliervereins. Außer den Größen der Innung waren fast sämtliche Poliere erschienen. Es konnte aber zu keiner Einigung kommen, weil der vorliegende Statutenentwurf manchem doch etwas plump erschien. Eine Aenderung schien notwendig. Deshalb Vergatung bis zum 28. März. Zusätzlich ist nun die Geschichte perfekt geworden. Montag Abend, den 30. März, hatten sich wiederum sämtliche Poliere eingefunden, rund 20 an der Zahl. Fünf Bimimer und 15 Maurer. Von diesen gehörten von den ersten drei, von den leggenannten vier der Organisation nicht an. Mit großem gegen acht Stimmen wurde das vorliegende Statut, was aus Parburg stammte, in seiner ursprünglichen Fassung gutgeheissen. Doch überhaupt eine Majorität zu stande kam, ist verblüffend, da hier alle Farben, rot, blau und violet, vertreten sind. Also violet war ausschlaggebend. Aber das der Kollege G. Mengel, der seine 14 Jahre dem Verband angehört, und die höheren Lohnkämpfe von 1898 und 1906 mitgemacht hat, sich vor diesen Karren spannt, ist ist unverständlich. Dass durch das Statut das Koalitionsrecht beschränkt ist und Streiks und Pausen nicht unterdrückt werden dürfen, ist bezeichnend für den Geist dieses Vereins. Wie überhaupt Kollegen, die bei Lohnkämpfen stets ein wichtiges Glied in der Bewegung bildeten, sich diesen Bestimmungen nicht weiter unterwerfen, ist unverständlich. Gleichzeitig es deshalb, weil die Unternehmer sich verpflichtet, nur solche Poliere zu beschäftigen, die dem Polierverein angehören? Ist vielleicht die Maßregelung des Kollegen Krause nur deshalb erfolgt, um die Angstmeier ins Boden zu legen? Wie sieht die, die die Gründung des Vereins stimmen, in Zukunft verhalten werden, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, wird sich aber in kürzerer Zeit herausstellen müssen, ist auch in Abbruch der augenblicklichen Situation nicht schwer zu sagen, wenn die Entlassung berichterstatter Kollegen an der Tagesordnung bleibt und jüngere, zugereiste dafür eingestellte oder weiterbeschäftigte werden. Wenn nur der Polierverein erst soweit geträgt ist, daß er zur Vernichtung unserer Organisation benutzt werden kann, wird man einem größeren Schritt nicht zurücktreten. Die jüngeren Kollegen mögen hierüber einmal nachdenken und zu dem Entschluß kommen, den Unternehmern nicht noch mehr Gelegenheit zu bieten, sich als Mittel zum Zweck zu verwenden zu lassen.

Müllheim. Am 28. März tagte unsere Monatsversammlung. Es erhielt zunächst Kollege Adam das Wort. Er erstaute den Bericht von der Gauforumtag in Görlitz und ermahnte die Kollegen zum festen Zusammenhalten in der jetzigen kritischen Zeit. Außerdem wurden die Kollegen abermals an die Sperrre über Stülpnagel erinnert, damit keiner dort die Arbeit aufnimmt. Adams erhielt Kollege Sommer das Wort und erinnerte daran, daß schon im vorigen Jahr ein Vergnügen abgehalten werden sollte. Es wurde nach längerer Debatte einstimmig beschlossen, Sonnabend, den 23. Mai, ein Maurentreffen bei Wissmann in Müllheim bei Müllheim abzuhalten. Kollegen hielten fest zusammen und lasen auch durch nichts verblüffen, wenn an unserem Zusammenhalten werden alle Pläne des Unternehmertums zerstören. Einigkeit macht stark!

Pforzheim. (Vorbericht.) Die Besserung des Gebäudes hat ohne Zweifel auf die Bautechnik einen günstigen Einfluss ausgeübt. In den letzten drei Monaten sind 123 einzelne Baugänge eingelaufen. Genehmigt sind 77; darunter 27 Neubauten. Wie sich die Bautechnik in den letzten fünf Jahren gestaltet, zeigt folgende Tabelle. Fertiggestellt wurden:

Jahr	Gesamtgebäude	Rohbau	Giebeldraht	Steine und Betonarbeiten
1903	102	5	13	55
1904	80	26	10	89
1905	140	44	15	141
1906	181	47	20	96
1907	158	64	16	94
1. Quartal 1908	36	12	1	16

Im ersten Quartal 1908 sind 15 Hauptgebäude mehr fertiggestellt worden als im gleichen Zeitraum des Jahres 1907. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die meisten dieser Bauten bereits Ende des letzten Quartals 1907 angefangen wurden. Wenn auch die Zahl der Neubauten wirklich groß ist, so ist doch zu beachten, daß Bauten, worauf über 50 Maurer beschäftigt werden, wie etwa in den Jahren 1906 und 1908, in diesem Jahre nicht vorhanden sind. Diese Tatsache kommt auch in einer Statistik zum Ausdruck, die wir am 24. und 25. März im Vertragsgebiet (Pforzheim, Brötzingen, Gutingen und Dillweissenstein) aufgenommen haben. Auf 61 Neubauten und 20 Kleinere Arbeiten waren bei 31 Unternehmern 426 Maurer beschäftigt. Von den Neubauten waren 14 in Ausschluß, 17 im Keller, 14 im ersten Stock, 2 im zweiten Stock, 2 im dritten Stock und 12 teils im Rohbau, teils im Putz fertig. In der Umgebung wird auch in diesem Jahre wieder flott gebaut, so daß es uns möglich war, circa 150 Kollegen aus dem Bezirk Karlsruhe, wo große Arbeitslosigkeit herrschte, unterzubringen. Solange der Geschäftsgang so befriedigend ist, müssen die Kollegen auf den Bauten alles daran setzen, die Organisation nach der Richtung hin zu festigen. Von den 426 erwähnten Kollegen waren 57 unorganisiert, darunter 19 Deutsche. Es muß also hauptsächlich unter den Italienern agitieren werden, und wenn jeder Kollege den ethischen Willen dazu hat, dann wird der Erfolg auch nicht ausbleiben.

Auflistung der Redaktion. Die Kollegen in den anderen Zweigvereinen mögen sich an diesem Bericht ein Beispiel nehmen. Das ist Berichterstattung, die wirklich unterrichtet, was uns gerade jetzt sehr erwartungsvoll ist.

Schwandorf. Hier tagte am 29. März eine Maurerversammlung, in der Kollege Engler über das Thema: "Aussperrungstatif des Unternehmerverbands" referierte. Die Versammlung war ziemlich gut besucht, jedoch fehlten noch circa 20 von den Mitgliedern unseres Zweigvereins. Kollege Engler erinnerte für seine Aussführungen, die große Begeisterung in der Versammlung hervorriefen, vielen Beifall. In der Diskussion sprachen die Kollegen Gustav Peter aus Leipzig und der Vorsitzende Sichter. Vorsitzender Sichter schloß sich den Ausschreibungen des Referenten Engler an, und teilte dem Kollegen Peter auf Verlangen die Stärke der christlichen Maurer in Schwandorf mit. Mit sieben Maurern und fünf Baufußarbeitern bildeten die Christen eine Zahnstange. Von den sieben Maurern sind fünf Streikbrecher, die von unserem Zweigverein ausgeschlossen worden sind. Zum dritten Punktbetrat der Kollege Sichter die am 8. März in der Versammlung, der auch der Bauvorsteher Merkl bewohnte, gefachten Beifüsse, die am 1. April den Bauern zugewiesen sollten. Diese Beifüsse wurden von der Versammlung einstimmig gutgeheissen. Nachdem noch die Kollege Sichter die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands.

Sonneberg. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 29. März referierte Kollege Schmid über: "Die Aussperrungstatif des Unternehmerverbands" referierte. Die Versammlung war ziemlich gut besucht, jedoch fehlten noch circa 20 von den Mitgliedern unseres Zweigvereins. Kollege Engler erinnerte für seine Aussführungen, die große Begeisterung in der Versammlung hervorriefen, vielen Beifall. In der Diskussion sprachen die Kollegen Gustav Peter aus Leipzig und der Vorsitzende Sichter. Vorsitzender Sichter schloß sich den Ausschreibungen des Referenten Engler an, und teilte dem Kollegen Peter auf Verlangen die Stärke der christlichen Maurer in Schwandorf mit. Mit sieben Maurern und fünf Baufußarbeitern bildeten die Christen eine Zahnstange. Von den sieben Maurern sind fünf Streikbrecher, die von unserem Zweigverein ausgeschlossen worden sind. Zum dritten Punktbetrat der Kollege Sichter die am 8. März in der Versammlung, der auch der Bauvorsteher Merkl bewohnte, gefachten Beifüsse, die am 1. April den Bauern zugewiesen sollten. Diese Beifüsse wurden von der Versammlung einstimmig gutgeheissen. Nachdem noch die Kollege Sichter die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands.

Sonneberg. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 29. März referierte Kollege Schmid über: "Die Aussperrungstatif der Organisation". Er schriebte dabei in sehr trefflicher Weise die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Sodann gab der Vorsitzende den Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbunde. Auch hier wurde uns der Musterkatalog vorgelegt, der die Grundlage der Verhandlung sein sollte. Eine Einigung wurde selbstverständlich nicht erzielt. Begüßlich der Musterkatalog wollen wir uns dem Beschluss des Gewerkschaftsrats anschließen. Beschlusse wurde ferner, die Sperrre über die Firma Bauer & Söhne bestehen zu lassen und die Betriebskollegen als Streikbrecher zu behandeln, die bei der Firma Arbeit annehmen. Die vier als Streikbrecher gewordenen Kollegen, wurden auf Grund des § 37 des Statuts einstimmig ausgeschlossen.

Friesenleger.

Berlin. In der Märzversammlung der Sektion der Friesenleger stand als erster Punkt auf der Tagesordnung: "Die gegenwärtige Situation im Baugewerbe unter Bezugnahme des Friesenlegerberufs". Kollege Waldheim machte hierzu folgende Ausführungen: Die gegenwärtige Situation im Baugewerbe sei für die Friesenleger dazu angetan, auf das zwischen den Verbänden bestehende zu berichten, was sich zwischen den Verbänden und denen der Bauarbeiter abspielt. Unbestimbar sei es die Absicht der Unternehmer, vor allen Dingen den Verband der Maurer als den meist gehaschten empfindlich zu schädigen und in der gegenwärtig schlechter Konjunktur Lohn- und Arbeitsmarkte durchzusetzen, die wohl für die Unternehmer angenehm sind, aber für den Arbeiter verschlechtert werden. Der Zeitschlag der vorläufigen Bewegung hier ist zu schließen, daß Alarmstift gewesen zu sein, nunmehr in ganz Deutschland gegen die Maurer vorgegangen und ihnen einen sogenannten "Musterkatalog" aufzubinden. Die Verhandlungen hierüber in Minden, Essen und Frankfurt bewegen zur Gewalt, wie schwer es ist, auf beruflichem Wege etwas Annehmbares zu stande zu bringen; anderseits haben aber die Ver-

treter unserer Organisation mit Nachdruck zu verstecken gegeben, doch sie wohl zu ehrlichem Frieden gern die Hand bieten, aber auch keineswegs vor dem Kampf zurücktreten werden, wenn der Verband der Betriebschäfte auf seinem verbündeten Standpunkt beharren sollte. Die Kreppelalten, die man hier in Berlin anwendet, den Lohn auf den Bauten um 10 % die Stunde zu senken, werden zu keinem Tarif führen, wohl aber wird die Hungerperiode die jetzt geschwungen wird, endlich die Männer vom Schlafe erwecken, den sie sich während der neunjährigen Tarifdauer hingegeben haben. Welche Formen die gehamte Bewegung annehmen wird, läßt sich ja noch nicht sagen, da ja viele von einem Tarifabschluß für Berlin abhängig gemacht wird. Soviel steht aber heute schon fest, daß auf Grund des Mastertarifs nicht verhandelt wird und eine Bohnerzulassung von Seiten der Organisation nicht zugestanden wird. Die Sektionsstellung wird die Betriebsleiter über diese Angelegenheit fortwährend auf dem laufenden erhalten. Auch die Betriebschäfte sind dem Zuge der Zeit angepasst zu wollen. In Deutschland hatten wir bisher zwei Vereinigungen von Betriebschäften: die Vereinigung der Arbeitgeber "im Blattengewerbe". Sie Eben, 67 Mitglieder, und der Verband deutscher Blattengeschäfte". Sie Berlin, mit 60 Mitgliedern. Beide Vereine hatten am 24. Februar eine Konferenz in Berlin, in der hauptsächlich ein Verabredung angebahnt werden sollte. Diese ist zu Ende gekommen und ist der Verband mit der Erleichterung der nötigen Formalitäten beauftragt worden. Dieser "neue Arbeitgeberverband" hat aber auch gleich seine Herzenszügel zum Ausdruck gebracht. Querl glaubte er, sich das Erdrosseln bei kleinen Geschäften leisten zu müssen, indem man mit den Blattengeschäften einen entsprechenden Pakt abschloß. Das der andere Wunsch den Blattengeschäften gilt, ist selbstverständlich und das einzuführende Arbeitsausweismodular befagt nichts anderes, als daß wir in Zukunft nicht mehr untere Lohnbewegungen so verhältnismäßig leicht erleben werden. Hatten wir, daß wir aus der gegenwärtigen Situation ohne Schaden und gefährdet hervorgehen. Über vorliegende Ausführungen fand eine Diskussion nicht statt. Der Vorsitzende gab dann den Bericht über den Verlauf der Geschäftssperren bei Pfälzer und Ramin. Der Tarif sei anerkannt, jedoch leisteten in einem Falle die Kollegen auf die Nachzahlung des höheren Lohnes freiwillig Verzicht, im zweiten Falle mußten die Kollegen verzichten, da Subunternehmer die nötigsten Arbeiten zur Fertigstellung übernommen hatten. Bei der Firma Sternberg, früher Schäfer, arbeiteten dort und jetzt zwölf Kollegen in Altord und entlohten die Hilfsarbeiter selbst. Da dieses aber vom Geschäft zu geschehen hat, mußte sich die Gruppe auflösen. Dieser Kaufland führte noch einmal zu einer lebhaften Diskussion, deren Inhalt auf die bisherige Stellung gegenüber den Subunternehmern herzuheften ist. Hierauf erfolgte die Bekanntgabe der Beschlüsse und Vertreter. Für den 3. Bezirk, Osten, wurden Kämpe und Hünke gewählt. Walheim: gab bekannt, daß angefangt der großen Arbeitslosigkeit schon jetzt ein ganzer Teil Kollegen weiter mautet, daß aber nach dem 1. April, die Entlassungen einen noch viel größeren Umfang annehmen werden und daß aus diesem Grunde in den Sektionen anderer Städte dahin gewirkt wird, den Zugang nach hier zurück zu halten. Auch sollen die Sektionen erneut werden, wenn sich die Einflussnahme von Kollegen ermöglichten läßt, um dieses mitzutun. Der Vorsitzende wurde beauftragt, sich diesbezüglich mit den Leitern aller Sektionen in Verbindung zu setzen.

Betriebskrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 29. März bis 4. April sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Altona M. 400, Groß-Lichterfelde 200, Briesig 150, Leutzow-Rudow 100, Mahlsdorf 100, Jordan-Barabas 100, Bäderstr. 100, Rummelsburg 67,90, Königstein (Tauentzius) 100, Rauer 80, Bannister 75, Gontzheim 67,90, Schwartau 52,02, Summa M. 1624,11. Zufluss erhielten: Berlin M. 4000, Kiel 600, Nostock 500, Groß-Neuendorf 400, Münster i. Westf. 500, Herrenbach 300, Köln a. Rh. 300, Lettin 250, Berlin i. d. M. 200, Schwedt 200, Bünzlau 200, Karlsruhe i. Br. 200, Frankfurt a. Main 200, Bonn 200, Königsberg i. Pr. 200, Hamburg-Königsworstadt 200, Minden i. Br. 200, Friedrichsberg 200, Dresden 200, Dresdner Striesen 200, Dortmund 150, Lüneburg 150, Quedlinburg 120, Lüdenschen 100, Landshut 100, Reinhardtsdorf 100, Hannover 100, Marburg 100, Meiersberg 100, Bremen-Höfen 100, Holzhausen 100, Teterow 100, Neumarkt 100, Oberau 100, Görslis 100, Heidelberg 100, Groß-Schönebeck 100, Moersleben 100, Lüdinghausen 75, Melsungen 70, Hagen i. Westf. 70, Münster i. Hann. 50, Teterow 50, Deutsch-Bissa 50, Erfurt 50, Neuzelle 50. Summa M. 11435.

Altona, den 4. April 1908.

Karl Reiss, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschuh, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baualsturzen, Überhaupt von allen wichtigen Vorlommischen auf den Bauten schnellstens einen saglichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Baumberg a. d. B. Ein teilweise Baustelleneinsatz ereignete sich hier Dienstag, den 21. März. Auf dem Ehrenberg-jeden Bau, der von dem Unternehmer Seitschläger ausgeführt wird, hafteten die Kollegen während des Baus (beim Abriss) in einem dumpfen, modernen Keller, wo sie während der Ruhepausen Licht brennen mussten, um sich gegenzeitig ins Angesicht sehen zu können. Vom Vorstand war oft darauf hingewiesen, daß diese Bude allen gelegenen Vorschriften entspreche, und es deshalb Pflicht der dort beschäftigten Kollegen sei, in ganz ernstem Ton dem Unternehmer zu sagen, daß er verpflichtet sei, ihnen ein menschenwürdiges Unterkommen zu schaffen. Die Kollegen wagten jedoch nicht, dem Unternehmer gegenüber ihr gutes Recht zu verlangen, und der Unternehmer selbst erklärte nicht. So stürzte Dienstag, den 21. März, 25 Uhr nach-

mittags, die Baubude zusammen. Wie leicht hätte dies während der Ruhepausen passieren können, und ein Massengrab von circa 80 Menschen wäre fertig gewesen. Herbeiführt ist der Einschlag dadurch, daß das an und für sich schon schwere Gewölbe von früher her mit einigen Füßen Schutt beladen war und daneben auch die neuen Fundamente herausgeholt wurden, wodurch der Widerstand der alten Wände, dazu kam noch die Masse des Winters, stark beeinträchtigt wurde; alles trug dazu bei, daß das schwere Gewölbe zusammenstürzte. Schaden haben die Kollegen insofern, als ihre Sachen fast total ruiniert sind; Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Aber auch hier, nach diesem Einschlag, wagen die dort beschäftigten Kollegen nicht, ihre Stimme zu erheben und vom Unternehmer Seitschläger auf dem schnellen Wege ein menschenwürdiges Unterkommen zu verlangen. Viel lieber scheint es ihnen zu sein, daß einer einwährend der Hauptheile in dieser Ecke, der andere in jener Ecke, auch wenn der Fuchs unter den Etagenbalken sitzt. Es wäre wünschlich an der Zeit, daß die Kollegen auch auf diesen Bau, die alte gewöhnliche Isolierung sein wollen, sich nicht aus Angst der Billigkeit des Unternehmers preisgeben, sondern ihre Interessen und diejenigen ihrer Familien besser vertreten; denn von selbst kommt der Unternehmer keinen Arbeiter entgegen.

Stiegen i. West. Am 28. März wurde ein örtlicher Arbeitgeber auf dem Bahnhof der Strecke Winterberg-Franzenberg von niedergelassenen Erdäpfeln verletzt und gegen einen Materialwagen gerollt. Die erlittenen Verlegerungen waren so schwer, daß der Unglücksliche schon bei Anlegung eines Notverbandes verstarb. Seit Januar ist dies der zweite tödliche Unfall an diesem Bau.

* **Submissionen.** Die Befürchtung, daß der Neubau des Justizgebäudes am Volgersweg zu Hannover hätte die Ausführung, der gelungenen Maurerarbeiten, ausschließlich Materiallieferung, im Wege der öffentlichen Submission ausgeschrieben. Das sehr interessante Resultat ist: V. g. Fischér, Mühlstraße M. 177 340,78; Voßvou & Endler, Hannover M. 209 642,46; B. & C. Lehmann, Hannover: M. 218 865,88; B. & C. Lehmann, Hannover: M. 220 993,40; Brodmann & Henning, Hannover: M. 228 358,80; H. & H. Herren, Hannover: M. 237 104,08; H. Dünne, Hannover: M. 239 472,95; Max Küller, Hannover: M. 246 772,14; Schoppe & Friske, Hannover: M. 247 147,23; Behrens, Hannover: M. 259 973,76; Dierling & Eggers, Hannover: M. 261 139,48; A. Michaelis, Hannover: M. 267 249,22; Friedrich Brauns, Hannover: M. 270 645,30; H. Jahn, Hannover: M. 272 870,88; Stapelberg & Schermer, Hannover: M. 273 133,88; C. Kewel, Hannover: M. 282 682,84; H. Deude, Hannover: M. 298 328,63; H. Möllerling, Hannover: M. 277 038,84; K. Beplate, Hannover: M. 360 061,97.

Aus anderen Berufen.

* **Der nächste Gewerkschaftskongress** findet bekanntlich in der letzten Juniwoche dieses Jahres in Hamburg statt. Die Generalkommission macht nunmehr dessen propriaire Tagessordnung bekannt, und zwar sollen neben den üblichen Berichten folgende wichtige Fragen zur Bearbeitung gestellt werden: Agitation unter den Dienstboten (Referent H. Gründer); Die Vertretung der Fleischzüchtern durch die Arbeiterschaftssekretärin (Referent F. Seelze); Die staatliche Versicherung der Privatangestellten (Referent H. Lange); Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung (Referent H. Pöschl). Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel (Referent O. Altmann); Grenzstreitigkeiten; Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland (Referent H. Mollenburg).

* **Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission** ist in Nr. 11 des "Correspondenzblattes" erschienen. Er bietet wiederum ein Bild von sehr eifriger Tätigkeit. Wir haben daraus folgendes hervor:

Während der Gesetzentwurf, betreffend die Berufsbvereine, geeignet war, die größte Beunruhigung der Gewerkschaften herbeizuführen, weil er in der vorgelegten Form die Gewerkschaften eventuell zu einer Änderung ihrer Organisationsform genötigt hätte, wird das vorgelegte Gesetzgesetz nicht von tief einschneidendem Bedeutung sein. In der vorliegenden Fassung wird der Entwurf von den Vertretern der Arbeiterschaft nicht angenommen werden können, doch war die Einleitung einer Agitation gegen das ganze Gesetz nicht erforderlich, sondern es erschien ausreichend, wenn die organisierte Arbeiterschaft gegen einzelne reaktionäre Bestimmungen des Entwurfes protest erhob und hierauf dem Reichstag Mitteilung mache.

Nachdem der Bericht den reaktionären Charakter des Gesetzentwurfs gebührend gekennzeichnet hat, wendet er sich zu dem internationalen sozialistischen Kongress, der im August 1907 in Stuttgart tagte. Da wir diesen Kongress bei seinem Staatsfinden ausführlich genügend haben können, sollen wir an dieser Stelle übergehen, was der Bericht dazu sagt. Herauszubehen wollen wir nur die folgende Bemerkung:

Es fand noch eine größere Zahl von Sitzungen mit dem Parteivorstand statt, zwecks Regelung von Fragen, welche die gewerkschaftliche und politische Arbeitersbewegung im gleichen Maße berührten. Unter anderem wurde auch an den Beratungen über die Einigung mit den sozialen Gewerkschaften die Generalkommission zugezogen. In allen Fällen ist eine Verständigung über die beratenen Fragen erzielt worden, und es ist an keinerlei Differenz oder zu einer Meinungsverschiedenheit nach erfolgter Aussprache gekommen.

In betreff der Frage der Dienstbotenorganisation kam es zu einer Differenz mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands. Der Vorsitzende des Nürnberger Dienstbotenvereins wurde beantragt, eine allgemeine Agitation zur Organisierung der Dienstboten einzuleiten. Dieser Anregung gab die Generalkommission Folge und ersuchte die Gewerkschaftsräte, den Versuch zu machen, Dienstbotenorganisationen ins Leben zu rufen. Dies ist auch, soweit es unter den schwierigen Verhältnissen möglich war, geschehen. Einem weiteren von Nürnberg gestellten Antrag, einen Centralverband der Dienstboten zu gründen, konnte die Generalkommission nicht zustimmen, weil erst aus den Erfahrungen, die mit den lokalen Organisationen gemacht würden, sich ergeben müsse, ob es überhaupt möglich sein wird, eine Organisation der Dienstboten gewerkschaftlichen Charakters zu schaffen. Die Generalkommission sammelte die Dienstbotenordnungen der einzelnen Bundesstaaten und Landesteile, um zu prüfen, ob sich unter diesen Bestimmungen eine einheitliche Organisation für ganz Deutschland durchführen lassen. Da wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unvermeidbar von der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Centralverband gegründet werden sollte. Bei einer Absprache mit der Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfügt und eine Konferenz einen, daß die Dienstbotenorganisation nicht weiter verhindert werden sollte. Es wurde unver

Nickung von Versammlungsräumen könnte die Generalkommission nur in geringer Maße Folge geben.

Von den auf dem letzten Gewerkschaftstag beabsichtigten Unterrichtskursen sind bis zum März 1908 acht abgehalten worden. Die Zahl der Teilnehmer schwankte zwischen 29 und 71. Ein Kursus mit 49 Teilnehmern wurde ausschließlich von Mitgliedern des Maurerverbandes besucht. Insgesamt hatten die Kurse 442 Teilnehmer. Außerdem nahmen an den meisten Kursen noch Spontananten teil, die nur einzelne Vorträge hörten. Von den 442 Teilnehmern entfiel der Verband der Maurer 97, Metallarbeiter 35, Transportarbeiter 34, Zimmerer 29, Bergarbeiter 25, Textilarbeiter 22, Maler 19, Bauarbeiter 16, Gemeindearbeiter 14, Holzarbeiter 14, Fabrikarbeiter 13, Hafenarbeiter 10, Schmied 10, Bäder 9, Brauereiarbeiter 8, Gärtner 7, Schneider 7, Topfhersteller 6, Stofftäferle 5, Bärbiere 4, Buchbinderei 4, Glasarbeiter 4, Steinärbeiter 4, Hoteldiener 3, Huttmacher 3, Ledernerbeiter 3, Maschinisten 3, Steinseher 3, Blumenarbeiter 2, Buchdruckereihilfsarbeiter 2, Handlungsbüchsen 2, Schuhmacher 2, Tischler 2, Vergolder 2, Gartentorner 2, Buchdrucker 1, Dachdecker 1, Fleischer 1, Gastwirtsgehilfen 1, Handelsbuchmacher 1, Kupferzeichner 1, Lithographen 1, Müller 1, Porteferziller 1, Schiffszimmerer 1, und Wäschearbeiter 1. Außerdem enthielt das Arbeiterinnen-Komitee 2 Teilnehmerinnen und 5 Teilnehmer wurden von den Gewerkschaftsräten zur Teilnahme an den Kursen bestimmt.

In dem Abschnitt Statistik befindet sich unter anderem auch eine Kritik der sogenannten amtlichen Streitstatistik.

Reben einer Konferenz von Vertretern der Zentralverbande stand noch eine Konferenz von Vertretern der Verbände statt, deren Mitglieder besonders unter der Heimatfeind seien. Auch war die Teilnahme der Generalkommission an einer Reihe von Zusammenkünften zwischen einzelnen Verbandsvorständen notwendig, wo es sich um die Regelung von Grenzstreitigkeiten handelte. Auch tagten im Berichtsjahr 28 Generalversammlungen von Gewerkschaften, an denen, mit einer einzigen Ausnahme, Vertreter der Generalkommission teilnahmen. Zur Förderung der internationalen Verbindungen fand in Christiania die fünfte internationale Konferenz der Sekretäre von den Landesgesetzlern statt. Besonders Aenderungen erfuhren die internationalen Beziehungen nicht.

Das von der Generalkommission herausgegebene Correspondenzblatt erschien im Anfang des Jahres 1907 in einer Auflage von 21 300 und am Ende des Jahres in 23 600 Exemplaren (Anfang 1905: 16 400, Anfang 1906: 17 700). Von den ältesten Abdrucken des Blattes, die schon zu einer Seltenheit geworden sind, weil sie nur in sehr kleiner Auflage erschienen, wird ein Neudruck veranstaltet. Die Auflage des italienischen Blattes "L'Operaio Italiano", das hauptsächlich zur Agitation unter den italienischen Maurern benutzt wird, betrug Anfang 1907 12 300 Exemplare, am Ende des Jahres 19 650, in den Sommermonaten 15 800. Das polnische Blatt "Oswiat" hatte am Ende 1906 eine Auflage von 8000 und Ende 1907 eine solche von 6000 Exemplaren.

Die Einnahmen der Generalkommission betrugen einschließlich eines Kassenbestandes von M. 251 764,96 im ganzen M. 574 918,87, die Ausgaben M. 228 710,98, so daß ein Verzug von M. 348 233,98 verblieb. Zur Unterstützung von Streiks wurden eingenommen M. 200 254,24, ausgegeben M. 105 478,12.

Eingegangene Schriften.

Die "Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer), Heft 27 des Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Hefts gehen wir her vor: Die Bedingungen des erneuten Aufstiegs des russischen Revolutions. Von Th. Dahn. — Österreichische Kolonialpolitik. Von Sigmund Raff. — Die staatliche Versicherung und die Rettung des "neuen Mittelstandes". Von Paul Lange (Hamburg). — Denkschrift Nr. 4: Alexander Herzen. Von F. Wehring. Die Entwicklung des Metalls. 1. Erde und Welt. Von Anton Baumgärtner. — Von Bildungsauftakt: Eine Klassikerbibliothek für Arbeiter. — Rückblick.

Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann die bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution. Von Eb. Bernstein. Verlag von J. & W. Dies Nachf. in Stuttgart. Zweite durchgehende, vermehrte und illustrierte Ausgabe. XVI und 367 Seiten. Preis broschiert M. 3,50, gebunden M. 4.— Diese Arbeit erschien in ihrer ersten Gestalt als Teil der von Bernstein, Kantzky, Mehring und anderen herausgegebenen Geschichte des Sozialismus in Einzelbändchen. Das Gesamtwerk ist längst vergriffen und wird als solches in neuen Auflagen nicht erscheinen, sondern in einzelne Bände beziehungsweise Ausgaben zerlegt werden, wie es bereits mit Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie geschehen ist. Das Buch behandelt eine von unserem offiziellen Geschichtsschreiber sehr vernachlässigte und doch äußerst wichtige Zeit der Götting, jene Zeit, in der der erstarkende Kapitalismus die letzten Befreiungen des feudalistischen Zwangszauges von sich warf und dabei auch einen König nicht schonte. Die Leser lernen aus dem Buche die Tiefenkräfte der großen englischen Revolution kennen und gewinnen einen tiefen Einblick in das Leben der Volksmärsche während dieser Epoche, die auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Englands einen außerordentlich großen Einfluß gehabt haben.

Der "Wahre Jacob", Nummer 7 des 25. Jahrganges. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder "Naturwissenschaftliches Wunder" und "Internationales Wettlaufen" und aus dem, typischen Teil, die Gedichte "Der verschwundene Dernburg", "Märzgedanken", und außer zahlreichen kleinen Beiträgen noch die Novelle "Liebe" von J. Sebald. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten.

Mendsbury, J. G. Sie steht unter "Friesenleger"; soll es anders sein, so bitten wir um Bericht.

Konstanz, J. R. Der eingeladene Bericht ist in der Hauptstadt eine Klage über schlechten Versammlungsbefund und eine Mahnung an die Kollegen, ihre Gleichgültigkeit abzulegen. Für solche Berichte haben wir aber im "Grundstein" keinen Platz. Sind darüber Mahnungen an die Kollegen durchaus notwendig, so ist es besser, man vermeidet sie zu einem kleinen Flugblatt und verteilt dieses an die Kollegen, das wirkt besser als der Adruck im "Grundstein", den ja doch nur die Verbandsmitglieder, also schon organisierte Kollegen, bekommen.

Bielefeld, G. Die Betriebskrankenkasse ist nicht berechtigt, von der Krankenunterstützung sofort in Abzug zu bringen, wie der Verband Krankenunterstützung zählt, weil der Verband keine Krankenkasse darstellt und die Mitglieder keinen Rechtsanspruch auf die vom Verband gewährte Krankenunterstützung haben, diese also auch nicht gerichtlich einfließen können (§ 27 f des Verbandsstatus). Die Betriebskasse ist zum Abzug nur berechtigt, wenn ein Mitglied außer der Betriebskrankenkasse noch einer oder mehreren freien Gütekrankenkassen angehört.

Dresden, 29. Nur für die Mälzer: 80 Pf.

Doberan, R. A. Ehrenklärungen werden im "Grundstein" nicht veröffentlicht.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins-, bezw. Zentralstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbände, mitgeteilt, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeit steht in Klammern.

Alzenau. Am 1. April wurde unser Kollege August Röhl auf einem Neubau vom Blitz erschlagen. Er war 27 Jahre alt.

Augsburg. Am 2. April starb unser treuer Kollege Joseph Rascher in Friedberg an Lungen-tuberkulose.

Bernau i. d. M. Am 1. April starb nach schwerer Krankheit unser Verbandskollege Karl Düring im Alter von 58 Jahren an Magenkrebs.

Cöln. Schl. Am 29. März starb das Mitglied August Panli im Alter von 37 Jahren an der Prostataerkrankung.

Göttingen. Am 26. März starb unser treuer Verbandskollege Adolf Schrader im Alter von 49 Jahren an Lungen-tuberkulose.

Brandenburg. Am 4. April starb unser Kollege August Winter an Lungen-tuberkulose.

Hannover. Am 24. März starb in Springe a. D. nach längerer Krankheit unser Kollege Wilhelm Thiele im Alter von 39 Jahren an Lungen-tuberkulose.

Am 26. März starb unser Kollege Ernst Meister im Alter von 43 Jahren an Lungen-tuberkulose. — Am 1. April starb unser Kollege August Diedrich im Alter von 51 Jahren an Gehirnblutung.

Kiel. Am 2. April starb der Kollege Hermann Pabst im Alter von 40 Jahren an Schlaganfall.

Am gleichen Tage starb auch der Verbandskollege A. Klöckner auf dem Bau an Schlaganfall, nachdem er kaum eine halbe Stunde gearbeitet hatte.

Magdeburg. Gr. Osterstraße. Am 23. März starb der Kollege Otto Hecht im Alter von 31 Jahren an Knochenentzündung. — Ostenried. Am 8. April starb unser Kollege Friedrich Mundt im Alter von 65 Jahren an Magenkrebs.

Merseburg. Am 26. März starb unser treuer Kollege Paul Stübner aus Nebra im Alter von 27 Jahren freiwillig aus dem Leben.

München. Neubau. Am 30. März starb unser Kollege Heinrich Rottaro im Alter von 54 Jahren durch einen Unfall. — Am 31. März starb unser Kollege Felix Stippel, 54 Jahre alt, an Lungenleiden. — Am 4. April starb unser Kollege Franz Wagnmüller, 38 Jahre alt, an Herz-lähmung.

Norden. Am 28. März starb nach längerer Krankheit unser Verbandskollege Christian Jakobs im Alter von 51 Jahren an Lungenentzündung.

Nürnberg-Fürth. Am 2. April starb unser Verbandskollege Nikolaus Beil im Alter von 46 Jahren an Herzschlag.

Osnabrück. Wohlau. Am 22. März starb unser treuer Verbandskollege Karl Jäger im Alter von 52 Jahren.

Pforzheim. Am 28. März starb unser treuer Verbandskollege Franz Oberst im Alter von 46 Jahren an Lungenentzündung.

Rendsburg. Am 28. März starb in der Irrenanstalt in Neustadt i. Holst. der Kollege Kurt Niesin aus Elmshorn im Alter von 41 Jahren.

Riesa. Am 5. April starb unser Verbandsmitglied Ehregott Zschörrig aus Mühlitz im Alter von 43 Jahren freiwillig aus dem Leben. Schwere und zerstörte Familiensituation waren die Ursache des Todes.

Rohr i. Th. Am 24. März starb unser treuer Kollege Matthias Mänz aus Grub im Alter von 88 Jahren an Lungenentzündung.

St. Johann. Rieder für den. Am 29. März starb unser Verbandskollege Jacob Breitnauer im Alter von 47 Jahren an Herzschlag.

Templin. Am 24. März starb unser treuer Verbandskollege Albrecht Beneke im Alter von 80 Jahren an Gehirnblutung.

Zehden. Am 2. April starb unser langjähriges Mitglied August Schröder im Alter von 54 Jahren an Lungenblutungen.

Greifswald. Ihr Ehren. Ihr Andenken!

Kollegen und Zweigvereinsvorstände, die den Aufenthalt des Kollegen Josef Kritz, geb. am 12. Dezember 1880 in Würbisch in Böhmen, kennen, werden ersucht, dies an Franz Damisch, Zeulenroda, Schleifestraße 1, mitzuteilen. [M. 1,20]

Der Kollege Hugo Pfeifer, geb. am 15. Juni 1886 in Marktlaudenbach, Ver. Nr. 84 412, soll sofort seine Adresse an Christian Pfeifer oder Georg Weiß in Oberfürth liefern zwecks wichtiger Auskünfte. [M. 1,20]

Der Kollege Heinrich Lüttgen, der hier bei dem Schlossermeister Klein Aland wohnt, wird in einer wichtigen Angelegenheit als Zeuge geholt. Wer den Aufenthalt des Kollegen kennt, wird vom Unterzeichneten um Auskunft gebeten. [S. A. Fritz Weininger, Ketwig, Ruhstr. 3.]

Der Kollege August Wehmeier wird ersucht, so schnell wie möglich dem Untergeschnitten seine Adresse mitzuteilen. [Hermann Glur, Höhde, Dorfmunderstr. 41.]

Ich bitte die Vorstände der Sektionen der Friesenleger, mir mittels Karte ihre Adressen recht bald autonom zu lassen. Herm. Waldheim, Berlin-Schöneberg, Weiningerstr. 8. [M. 1,20]

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 11. April. Elmshorn. Abends 8 Uhr bei C. Maier. Wichtige Tagesordnung. Mitglieder sind mitzubringen.

Sonntag, den 12. April. Driesen. Nachm. 2 Uhr im Belebtsaal.

Völkershausen. Nachm. 9 Uhr im Lokale zur "Krone". Bächer sind mitzubringen.

Mittwoch, den 14. April. Altenburg. Abends 6 Uhr im "Schwarzen Adler". Schmölln i. S.-A. Abends 8 Uhr im "Gärtnerhof". Wichtige Tagesordnung. Mitglieder sind mitzubringen.

Mittwoch, den 15. April. Glogau. Abends 6 Uhr im "Postkeller". T. O.: Sitzungnahme zur Wohnfrage. Referent ansteht.

Schmalkalden. Abends 6 Uhr in Westers Restaurant. Mitglieder sind mitzubringen.

Donnerstag, den 16. April. Grünberg i. Schl. Abends 6 Uhr im Adams-Lokal.

Hamburg. Sitzung der Bemerkter und Kunststeinarbeiter. Abends 8 Uhr im Generalsitzungshaus, 1. Et.

Sonnabend, den 18. April. Aken. Abends 8 Uhr in der Herberge zur Helmst.

Sonntag, den 19. April, 1. Osterfeiertag. Allstedt. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. T. O.: Wahl eines ersten und zweiten Vorstandes. Mitgliedsbörse ist mitzubringen.

Hintersee. Nachm. 1 Uhr in Beders Wohl f. Osterburg. T. O.: Wahl des Delegierten vom Hauting. Wahlfrage. Maister. Verschiedenes.

Central-Kräuterkeller der Maurer usw.

Sonntag, den 12. April. Bromberg. Abends 8 Uhr Generalversammlung im Fabrikant. T. O.: Sitzung. Mitglieder sind mitzubringen.

Dresden. Nachm. 2 Uhr im Hoffmanns. T. O.: Sitzung zwischen Käthe und Dresden und Wolf Leibniz zur Generalversammlung. Vertrag von ersten Quartal. Kostenangelegenheiten.

Luckenwalde. verläng. Sitzung. Kostenangelegenheiten. Nachm. 2 Uhr im "Gärtnerhaus zum Schwan". T. O.: Sitzung zur Generalversammlung.

Dienstag, den 14. April. Spandau. Abends 8 Uhr bei Kumpf, Schönauerstr. 80. T. O.: Abrechnung von ersten Quartal und Sitzung zur Generalversammlung.

Donnerstag, den 16. April. Danzig. Abends 6 Uhr, Bromberg 6. T. O.: Sitzung zur Generalversammlung. Abrechnung vom ersten Quartal. Verhandlungen. Rixdorf. Abends 8 Uhr bei Hoppe, Hermannstr. 48-49. T. O.: Quartals-abrechnung. Sitzung zur Generalversammlung.

Sonntag, den 19. April, 2. Osterfeiertag. Prettl. T. O.: Sitzung zur Generalversammlung.

Montag, den 20. April, 2. Osterfeiertag. Charlottenburg. Nachm. 9 Uhr im Posthaus, Rosenthalstr. 2, Kleiner Saal. Sitzung der Delegierten zur Generalversammlung.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Erfurt. Die Wohnung des Kassierers befindet sich jetzt Udestedterstr. 59, part.

Hartha i. S. Die Adresse des Vertrauensmannes ist jetzt Hartha i. S., Döpplingstr. 14, 1. Et. [80 Pf.]

Stendal. Der Kassierer ist: Adolf Brandt, Arneburgerstr. 10. [80 Pf.] Der Vorstand.